

GESETZBLATT

FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

1979

Ausgegeben Stuttgart, Freitag, 30. November 1979

Nr. 18

Tag	INHALT	Seite
14. 11. 79	Fischereigesetz für Baden-Württemberg (FischG)	466
14. 11. 79	Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten und des Landesrichtergesetzes	483
14. 11. 79	Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1979	485
2. 10. 79	Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über die Erhebung, Festsetzung und Beitreibung der Abgabe für den Stabilisierungsfonds für Wein	488
23. 10. 79	Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Gutachterausschußverordnung	489
30. 10. 79	Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Verordnung über die Hygiene im Verkehr mit Lebensmitteln tierischer Herkunft	488
18. 9. 79	Bekanntmachung über die Errichtung der Stiftung »Humanismus heute«	489
20. 9. 79	Verordnung des Justizministeriums über die Zuständigkeit für die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters	491
11. 10. 79	Verordnung des Finanzministeriums über die Verwaltung der Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs und die Betriebstättenbesteuerung nach dem Kirchensteuergesetz	492
5. 11. 79	Verordnung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst zur Änderung der Verordnung über die Ableistung von praktischen Tätigkeiten vor der Aufnahme des Studiums	492
5. 11. 79	Verordnung des Justizministeriums über die Zuständigkeit der Präsidien der Oberlandesgerichte nach § 140 a Abs. 3 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes	492
7. 11. 79	Bekanntmachung einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofes Baden-Württemberg	493
27. 9. 79	Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Naturschutzbehörde über das Landschaftsschutzgebiet »Mooswald«	493
10. 10. 79	Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Denkmalschutzbehörde über die Gesamtanlage der Stadt Aach, Kreis Konstanz	495
	Verkündung im Staatsanzeiger	496

Fischereigesetz für Baden-Württemberg (FischG)

Vom 14. November 1979

Der Landtag hat am 25. Oktober 1979 das folgende Gesetz beschlossen:

INHALTSÜBERSICHT

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

- § 1 Geltungsbereich
- § 2 Staatsverträge

Zweiter Abschnitt

Fischereirecht

- § 3 Inhalt der Fischereirechte
- § 4 Inhaber des Fischereirechts
- § 5 Fischereirechte bei Veränderungen der Gewässer
- § 6 Weitergeltung der bisherigen Fischereirechte
- § 7 Verzeichnis der Fischereirechte
- § 8 Übertragung von nicht beschränkten Fischereirechten, Vorkaufsrecht
- § 9 Übertragung von beschränkten Fischereirechten
- § 10 Vereinigung von Fischereirechten
- § 11 Aufhebung von beschränkten Fischereirechten
- § 12 Erlöschen von beschränkten Fischereirechten

Dritter Abschnitt

Ausübung des Fischereirechts

- § 13 Grundsatz
- § 14 Hegepflicht
- § 15 Fischfang auf überfluteten Grundstücken
- § 16 Uferbetretungsrecht, Zugang zum Gewässer
- § 17 Ausübung des Fischereirechts durch Dritte
- § 18 Pachtvertrag
- § 19 Anzeige von Pachtverträgen
- § 20 Erlöschen des Pachtvertrags
- § 21 Erlaubnisvertrag

Vierter Abschnitt

Fischereibeizirk, Fischereigenossenschaft

- § 22 Fischereibeizirk
- § 23 Fischereigenossenschaft
- § 24 Aufgaben der Fischereigenossenschaft
- § 25 Satzung der Fischereigenossenschaft
- § 26 Organe
- § 27 Genossenschaftsversammlung
- § 28 Vorstand
- § 29 Auseinandersetzung, Abwicklung
- § 30 Bewirtschaftungsplan

Fünfter Abschnitt

Fischereischein, Fischereielabgabe, Erlaubnisschein

- § 31 Fischereischein
- § 32 Jugendfischereischein
- § 33 Versagungsgründe
- § 34 Gültigkeitsdauer
- § 35 Zuständigkeit für die Erteilung der Fischereischeine
- § 36 Fischereiabgabe
- § 37 Erlaubnisschein

Sechster Abschnitt

Schutz der Fischbestände

- § 38 Verbot schädigender Mittel
- § 39 Maßnahmen an Anlagen zur Wasserentnahme und an Triebwerken
- § 40 Fischwege
- § 41 Fischwege bei bestehenden Anlagen
- § 42 Sicherung des Fischwechsels
- § 43 Schonbezirke
- § 44 Schutz der Fischerei
- § 45 Mitführen von Fanggeräten und sonstiger Fangmittel
- § 46 Anzeige von Fischsterben
- § 47 Übertragbare Fischkrankheiten

Siebter Abschnitt

Fischereibehörden, Fischereibeiräte, Fischereiaufsicht

- § 48 Fischereibehörden
- § 49 Fischereibeiräte
- § 50 Fischereiaufsicht

Achter Abschnitt

Ordnungswidrigkeiten

- § 51

Neunter Abschnitt

Übergangs- und Schlußvorschriften

- § 52 Auflösung bestehender Fischereigenossenschaften
- § 53 Bestehende Pacht- und Erlaubnisverträge
- § 54 Verwaltungsvorschriften
- § 55 Änderung bestehender Vorschriften
- § 56 Aufhebung bestehender Vorschriften
- § 57 Inkrafttreten

Erster Abschnitt

Allgemeine Vorschriften

§ 1

Geltungsbereich

- (1) Dieses Gesetz regelt die Fischerei in allen ständig oder zeitweilig in Betten fließenden oder stehenden Gewässern.
- (2) Auf bewirtschaftete Anlagen der Teichwirtschaft und der Fischzucht finden nur die §§ 3 bis 12, 15, 16, 38, 39, 44, 45, 47, 50 und 51 Anwendung. Gleiches gilt für Gewässer bis zu 0,25 ha, denen es an einer für jede Art des Fisch-

wechsels geeigneten Verbindung mit anderen Gewässern fehlt und an denen nur ein einziges nicht beschränktes Fischereirecht besteht; § 31 findet Anwendung.

(3) Die wasser- und naturschutzrechtlichen Bestimmungen bleiben unberührt.

§ 2

Staatsverträge

Dieses Gesetz findet keine Anwendung, soweit durch Staatsverträge besondere Bestimmungen über die Fischerei in den Bundeswasserstraßen und den sonstigen Gewässern getroffen sind.

Zweiter Abschnitt

Fischereirecht

§ 3

Inhalt der Fischereirechte

(1) Das nicht beschränkte Fischereirecht gibt die Befugnis, in einem Gewässer Fische einschließlich deren Laich, Neunaugen einschließlich deren Larven, zehnfüßige Krebse und Muscheln (Fische) zu fangen und sich anzueignen. Mit Ausnahme der Gewässer des § 1 Abs. 2 ist der Inhaber des Fischereirechts (Fischereiberechtigter) zur Hege verpflichtet.

(2) Das beschränkte Fischereirecht gibt nur die Befugnis, Fische bestimmter Fischarten, mit bestimmten Fangmitteln, zu bestimmten Zeiten, für den häuslichen Gebrauch oder in anderer Weise beschränkt zu fangen und sich anzueignen. Absatz 1 Satz 2 findet entsprechende Anwendung.

(3) Das Fischereirecht erstreckt sich auch auf Fischnährtiere, soweit das Gewässer zur Fischerei benutzt wird.

(4) Die Fischereirechte gehören dem Privatrecht an; § 1004 des Bürgerlichen Gesetzbuches findet auf sie Anwendung.

§ 4

Inhaber des Fischereirechts

(1) Das nicht beschränkte Fischereirecht steht vorbehaltlich des § 6 Abs. 1 in Gewässern erster Ordnung dem Land, in Gewässern zweiter Ordnung innerhalb des Gemeindegebiets der Gemeinde sowie in allen anderen Gewässern dem Eigentümer des Gewässerbetts zu. Bei Umstufungen von Gewässern gehen die Fischereirechte des Landes und der Gemeinden auf die neuen Träger der Unterhaltungslast über.

(2) Den Inhabern der Fischereirechte im Hauptgewässer steht das Fischereirecht auch in Nebenarmen, Ersatzstrecken, Flutkanälen und anderen Kanälen, die sich mit dem Hauptgewässer wieder vereinigen, im Verhältnis der Fläche und entsprechend der räumlichen Lage ihrer Fischereirechte zu.

(3) Absatz 2 gilt nicht für die Anlagen des § 1 Abs. 2 Satz 1. Die im Hauptgewässer Fischereiberechtigten sind befugt, im Verhältnis der Fläche und entsprechend der räumlichen Lage ihrer Fischereirechte im Hauptgewässer die Fischerei auch in den Anlagen des § 1 Abs. 2 Satz 1 so lange auszuüben, als die Absperrung gegen den Fischwechsel nicht wirksam ist. Dies gilt nicht, wenn die im Hauptgewässer Fischereiberechtigten die Unterhaltungslast für die Absperrung tragen.

(4) Hat ein Gewässer eine Verbindung mit einem blind endenden Gewässer, steht das Fischereirecht in diesem Gewässer abweichend von Absatz 1 den Berechtigten der Hauptgewässerstrecke, in deren Bereich das blind endende Gewässer beginnt, im Verhältnis der Fläche und entsprechend der räumlichen Lage ihrer Fischereirechte im Hauptgewässer zu. Die Berechtigten können das blind endende Gewässer an seinem Beginn oder an anderer Stelle gegen den Wechsel von Fischen, die das vorgeschriebene Mindestmaß haben, vorbehaltlich der wasserrechtlichen Vorschriften absperrern. Soweit das blind endende Gewässer wirksam abgesperrt ist, ruht das Fischereirecht der Fischereiberechtigten in diesem Gewässer. Das Recht zur Ausübung der Fischerei steht dann den Eigentümern des Gewässerbetts des blind endenden Gewässers zu.

§ 5

Fischereirechte bei Veränderungen der Gewässer

(1) Hat ein Gewässer infolge natürlicher Ereignisse oder baulicher Maßnahmen sein Bett verlassen, gehen die nicht beschränkten Fischereirechte im Verhältnis ihrer Fläche und entsprechend ihrer räumlichen Lage im bisherigen Gewässer auf das neue Gewässer über. Das Fischereirecht im bisherigen Gewässer steht den nach § 4 Abs. 1 Satz 1 Berechtigten zu. Solange zwischen dem bisherigen und dem neuen Gewässer keine gegen den Wechsel von Fischen, die das vorgeschriebene Mindestmaß haben, wirksame Absperrung vorhanden ist, sind die Fischereiberechtigten befugt, entsprechend ihren früheren Rechten die Fischerei auch im bisherigen Gewässer auszuüben. § 4 Abs. 3 Satz 3 findet entsprechende Anwendung.

(2) Fischereirechte, die im Zeitpunkt des Übergangs des Gewässers in das neue Gewässerbett dort bestehen, bleiben unberührt. Gleiches gilt für Fischereirechte in Gewässern, die in Nebenarme, Flutkanäle, andere Kanäle, Ersatzstrecken sowie blind endende Gewässer einbezogen werden, oder wenn zwischen Gewässern, denen es bisher an einer für jede Art des Fischwechsels geeigneten Verbindung mit anderen Gewässern fehlte, und anderen Gewässern eine für den Fischwechsel geeignete Verbindung hergestellt wird.

(3) Hat sich das Bett eines Gewässers verändert, erstrecken sich die nicht beschränkten Fischereirechte auf das veränderte Gewässer. Bestehen an derselben Gewässerstrecke mehrere nicht beschränkte Fischereirechte, so bestimmt sich deren räumliche Ausdehnung am veränderten Gewässer nach dem Verhältnis, in dem sie am bisherigen Gewässer zueinander standen.

(4) Für Schäden, die dem Fischereiberechtigten durch eine Änderung des Gewässers im Sinne der Absätze 1 und 3 entstehen, ist nach den wasserrechtlichen Vorschriften Entschädigung zu leisten, soweit die Veränderung durch bauliche Maßnahmen herbeigeführt wird. Bei der Berechnung der Entschädigung ist das Recht zur Ausübung der Fischerei nach Absatz 1 Satz 3 zu berücksichtigen. Vorteile, die bei baulichen Maßnahmen auszugleichen. Geringfügige Vorteile bleiben außer Betracht.

§ 6

Weitergeltung der bisherigen Fischereirechte

(1) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Fischereirechte und Rechte an Fischereirechten bleiben aufrechterhalten. Beschränkte Fischereirechte können nicht neu begründet werden. Die Vorschriften dieses Gesetzes finden Anwendung, soweit sich aus den Absätzen 2 bis 4 nichts anderes ergibt.

(2) Der Inhalt der nach dem Recht des früheren Landes Baden als Erblehen verliehenen Fischereirechte bestimmt sich nach bisher geltendem Recht; die Lehenabgaben stehen den bisher Berechtigten zu. Die den vormals Berechtigten sowie den Anliegern überlassene Ausübung der Fischerei steht den bei Inkrafttreten dieses Gesetzes Berechtigten als Fischereirecht im Sinne dieses Gesetzes zu. Das Recht der Anlieger kann jedoch nur zusammen mit den das Recht begründenden Ufergrundstücken veräußert oder vererbt werden. Das Recht geht ohne Entschädigung auf die nach § 4 Berechtigten über, wenn der Inhaber nicht mehr Eigentümer der auf beiden Seiten, an der Grenze des ehemaligen Großherzogtums Baden auf einer Seite gelegenen Ufergrundstücke auf eine Länge von mindestens 1500 Meter ist.

(3) Die für Grundstücke geltenden Vorschriften finden auf die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden selbständigen Fischereigerechtigkeiten und sonstigen Fischereirechte, die den für Grundstücke geltenden Vorschriften unterliegen, entsprechende Anwendung.

(4) Die nach dem Recht des früheren Landes Württemberg als beschränkte persönliche Dienstbarkeiten oder als Nießbrauch bestellten Fischereirechte können auch künftig weder veräußert noch vererbt werden.

(5) Das Recht zum freien Fischfang wird aufgehoben. Fischereirechte, die Personen als Einwohner bestimmter

Gemeinden als solchen zustehen, werden mit Inkrafttreten dieses Gesetzes innerhalb des Gemeindegebietes in freies Gemeindevermögen umgewandelt. Die Gemeinden haben den bisher Berechtigten auf Antrag eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. Der Anspruch erlischt zwei Jahre nach Umwandlung der Fischereirechte.

(6) Die aufrechterhaltenen Fischereirechte erlöschen, wenn sie nicht innerhalb einer Frist von fünf Jahren seit Inkrafttreten dieses Gesetzes, soweit sie Rechte im Sinne des Absatzes 3 sind, in das Grundbuch, im übrigen in das Verzeichnis der Fischereirechte eingetragen werden. Wird das Fischereirecht in das Grundbuch oder das Verzeichnis eingetragen, so genügt es zur Wahrung der Frist, wenn bis zu ihrem Ablauf der Eintragungsantrag bezüglich der Rechte des Absatzes 3 beim Grundbuchamt, im übrigen bei der in § 7 Abs. 2 Satz 1 genannten Behörde gestellt oder eine auf die Feststellung des Fischereirechts gerichtete Klage erhoben und die Klageerhebung der Eintragungsbehörde angezeigt ist.

(7) Die im Grundbuch, nach dem Recht der früheren Hohenzollerischen Lande im Wasserbuch oder nach dem Recht des früheren Landes Württemberg im Güterbuch eingetragenen Fischereirechte gelten, soweit sie in das Verzeichnis der Fischereirechte einzutragen sind, mit Inkrafttreten dieses Gesetzes als dort eingetragen. Sie sind von Amts wegen in das Verzeichnis zu übertragen. Widersprechen die Eintragungen im Grundbuch den Eintragungen im Wasserbuch oder im Güterbuch, so gehen die Grundbucheintragungen vor.

§ 7

Verzeichnis der Fischereirechte

(1) Die Fischereirechte sind mit Ausnahme der in Satz 2 und § 6 Abs. 3 aufgeführten Fischereirechte in das Verzeichnis der Fischereirechte einzutragen. Die Fischereirechte in den Be- und Entwässerungsgräben sowie in den Gewässern des § 1 Abs. 2 können auf Antrag in das Verzeichnis eingetragen werden.

(2) Das Verzeichnis der Fischereirechte wird von den Landratsämtern und den Stadtkreisen als untere Verwaltungsbehörden eingerichtet und geführt. Ein Fischereirecht wird in das Verzeichnis eingetragen, wenn sein Bestehen nachgewiesen ist. Das Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt (Ministerium) regelt durch Rechtsverordnung die Einrichtung und die Führung des Verzeichnisses sowie das Verfahren bei Eintragungen.

(3) Gegen die Entscheidung der in Absatz 2 Satz 1 genannten Behörde über Eintragungen in das Verzeichnis der Fischereirechte ist die Beschwerde zum Landgericht und die weitere Beschwerde zum Oberlandesgericht zulässig. § 71 Abs. 2, §§ 72 bis 79 Abs. 1, §§ 80 und 81 der Grundbuchordnung finden entsprechende Anwendung.

§ 8

*Übertragung von nicht beschränkten Fischereirechten,
Vorkaufsrecht*

(1) Ein nicht beschränktes Fischereirecht kann durch Rechtsgeschäft nur ungeteilt übertragen werden. Die Fischereibehörde kann die Übertragung eines räumlich abgegrenzten Teiles zulassen, wenn dadurch die fischereiliche Bewirtschaftung und die ordnungsgemäße Hege nicht beeinträchtigt werden.

(2) Besteht das nicht beschränkte Fischereirecht neben anderen nicht beschränkten Fischereirechten an derselben Gewässerstrecke oder steht es mehreren Personen zu, muß der Erwerber des Fischereirechts oder des Anteils an diesem Recht zu den anderen Berechtigten gehören. Eine Gesamthandsgemeinschaft kann das ihr zustehende Fischereirecht auch an einen Gesamthänder veräußern. Abweichend von Satz 1 kann das nicht beschränkte Fischereirecht oder ein Anteil an diesem Recht auch an die Inhaber der angrenzenden nicht beschränkten Fischereirechte veräußert werden.

(3) Bei Fischereirechten in Bundeswasserstraßen sowie in Gewässern erster Ordnung steht dem Land, bei Fischereirechten in Gewässern zweiter Ordnung steht der Gemeinde sowie bei Fischereirechten in Wasserbecken im Sinne des § 63 Abs. 4 des Wassergesetzes steht auch den in dieser Bestimmung genannten öffentlich-rechtlichen Körperschaften ein Vorkaufsrecht zu. Das Vorkaufsrecht kann nur binnen eines Monats nach Mitteilung des Kaufvertrags an den Vorkaufsberechtigten ausgeübt werden. §§ 504 bis 509, § 510 Abs. 1 und § 512 des Bürgerlichen Gesetzbuches sind anzuwenden. Das Vorkaufsrecht ist nicht übertragbar. Der Erwerb von Fischereirechten nach Satz 1 durch eine Gemeinde ist auf ihr Gemeindegebiet beschränkt. Das Vorkaufsrecht der in § 63 Abs. 4 des Wassergesetzes genannten öffentlich-rechtlichen Körperschaften geht dem Vorkaufsrecht der Gemeinden vor.

(4) Die rechtsgeschäftliche Veräußerung bedarf der Schriftform. Die Veräußerung ist innerhalb einer Frist von zwei Monaten der in § 7 Abs. 2 Satz 1 genannten Behörde anzuzeigen.

§ 9

Übertragung von beschränkten Fischereirechten

Ein beschränktes Fischereirecht kann durch Rechtsgeschäftliche Veräußerung eines beschränkten Fischereirechts oder eines Anteils an diesem Recht ist nur an den Inhaber eines nicht beschränkten Fischereirechts an derselben Gewässerstrecke zulässig. Soweit sich das beschränkte Fischereirecht auf die Gewässerstrecke mehrerer nicht beschränkter Fischereirechte erstreckt, kann es mit Zustimmung der Fischereibehörde geteilt veräußert werden. § 8 Abs. 2 Satz 2 und Abs. 4 findet Anwendung.

§ 10

Vereinigung von Fischereirechten

(1) Steht ein beschränktes Fischereirecht dem Inhaber des nicht beschränkten Fischereirechts an derselben Gewässerstrecke zu, so erlischt das beschränkte Fischereirecht als besonderes Recht. Ist das beschränkte Fischereirecht mit dem Recht eines Dritten belastet, setzt sich das Recht des Dritten im bisherigen Umfang am nicht beschränkten Fischereirecht fort.

(2) Stehen mehrere nicht beschränkte Fischereirechte an derselben Gewässerstrecke oder mehrere Anteile an einem solchen Recht oder mehrere aneinandergrenzende Rechte demselben Inhaber zu, vereinigen sich diese Rechte zu einem einheitlichen Recht. Die Rechte Dritter an den einzelnen Rechten setzen sich an dem vereinigten Recht im bisherigen Umfang fort.

(3) In den Fällen des Absatzes 1 bleiben Pacht- und Erlaubnisverträge, die sich auf das beschränkte Fischereirecht beziehen, im bisherigen Umfang bestehen. Eine Verlängerung der Verträge ist unzulässig. Auf unbestimmte Zeit abgeschlossene Pachtverträge erlöschen spätestens zwölf Jahre nach Erlöschen des beschränkten Fischereirechts.

(4) In den Fällen des Absatzes 2 bleiben Pacht- und Erlaubnisverträge im bisherigen Umfang bestehen, Absatz 3 Satz 2 findet Anwendung.

§ 11

Aufhebung von beschränkten Fischereirechten

(1) Die Fischereibehörde kann beschränkte Fischereirechte von Amts wegen oder auf Antrag des Inhabers des nicht beschränkten Fischereirechts an derselben Gewässerstrecke gegen Entschädigung des Ertragswerts sowie des Zeitwerts von nicht wieder verwendbaren feststehenden Fischereivorrichtungen aufheben, wenn dies zum Wohle der Allgemeinheit, insbesondere zur Erhaltung oder Verbesserung des Fischbestandes, notwendig ist.

(2) Zur Entschädigung ist das Land verpflichtet. Der Inhaber des nicht beschränkten Fischereirechts an derselben Gewässerstrecke hat jedoch dem Land die Entschädigung ganz oder teilweise zu ersetzen, soweit sein Fischereirecht durch die Aufhebung des beschränkten Fischereirechts begünstigt wird.

(3) Als Ertragswert gilt das 18fache des nachhaltigen jährlichen Reinertrags.

§ 12

Erlöschen von beschränkten Fischereirechten

(1) Sind zur Ausübung eines beschränkten Fischereirechts feststehende Fischereivorrichtungen erforderlich, so erlischt das beschränkte Fischereirecht, wenn durch die Fischereibehörde festgestellt wird, daß die Fischereivorrich-

tung während eines Zeitraumes von mindestens drei Jahren zur ordnungsgemäßen Ausübung der Fischerei nicht mehr tauglich war.

(2) Die Neuerrichtung oder die Vergrößerung einer feststehenden Fischereivorrichtung ist nicht zulässig.

Dritter Abschnitt

Ausübung des Fischereirechts

§ 13

Grundsatz

(1) Das Fischereirecht darf nach den anerkannten fischereilichen Grundsätzen nur so ausgeübt werden, daß die im und am Wasser lebende Tier- und Pflanzenwelt einschließlich ihrer Lebensgemeinschaften und Lebensstätten nicht mehr als notwendig beeinträchtigt werden.

(2) Die Festsetzungen im Bewirtschaftungsplan (§ 30 Abs. 1) sind von den Fischereiberechtigten, den Pächtern und den auf Grund eines Erlaubnisvertrags zur Fischerei Berechtigten (Fischereiausübungsberechtigten) zu beachten; sie gehen widersprechenden Bestimmungen in Pacht- und Erlaubnisverträgen vor.

(3) Die Ausübung der Fischerei in Gewässern oder Gewässerstrecken, die sich innerhalb von Gebäuden, Hofräumen, gewerblichen Anlagen sowie eingefriedeten Grundstücken einschließlich der Grundstücke, bei denen die Einfriedung des Ufers fehlt, befinden, ist nur mit Zustimmung deren Eigentümer oder Nutzungsberechtigten zulässig. § 15 Abs. 1 Satz 3 findet Anwendung.

§ 14

Hegepflicht

(1) Der Fischereiberechtigte ist verpflichtet, einen der Größe und der Beschaffenheit des Gewässers sowie dem Umfang seines Fischereirechts entsprechenden Fischbestand zu erhalten und zu hegen. Dabei sind die anderen Nutzungsarten am Gewässer angemessen zu berücksichtigen. Soweit erforderlich, ist ein künstlicher Besatz mit Fischen vorzunehmen.

(2) Der Einsatz nicht einheimischer Fischarten sowie der erstmalige Fischeinsatz in bisher fischfreie Gewässer mit Ausnahme der Anlagen des § 1 Abs. 2 Satz 1 bedarf der Erlaubnis der Fischereibehörde. Die Erlaubnis ersetzt die Genehmigung nach § 33 Abs. 4 Satz 1 des Naturschutzgesetzes.

(3) Wird das Fischereirecht durch einen Pachtvertrag im Sinne von § 18 Abs. 2 verpachtet, obliegt die Verpflichtung nach Absatz 1 dem Pächter. Soweit bei den sonstigen Pachtverträgen der Pächter vertraglich zur Hege verpflichtet ist, bleibt auch der Fischereiberechtigte zur Hege verpflichtet.

(4) Die Verpflichtung nach Absatz 1 wird auf Antrag des Fischereiberechtigten oder des Pächters, dem die Verpflichtung nach Absatz 1 im Pachtvertrag ganz übertragen wurde, durch die Fischereibehörde ausgesetzt, solange es ihm wegen der Beschaffenheit des Gewässers nicht zugemutet werden kann, dieser Verpflichtung nachzukommen. Betrifft die Aussetzung der Hegepflicht einen gemeinschaftlichen Fischereibezirk, ist die Fischereigenossenschaft vor der Entscheidung zu hören.

(5) Ist die Verpflichtung nach Absatz 4 ausgesetzt, hat der Fischereiberechtigte oder der Pächter die Vornahme von Hegemaßnahmen durch die Fischereigenossenschaft oder den von ihr bestimmten Dritten zu dulden.

§ 15

Fischfang auf überfluteten Grundstücken

(1) Tritt ein Gewässer über seine Ufer, so sind der Fischereiausübungsberechtigte und seine Helfer befugt, auf den überfluteten Grundstücken auf eigene Gefahr zu fischen. Von der Befischung sind überflutete fremde Fischgewässer, Hofräume, gewerbliche Anlagen und eingefriedete Grundstücke einschließlich der Grundstücke, bei denen die Einfriedung des Ufers fehlt, ausgeschlossen. Eingezäunte Viehweiden gelten insoweit nicht als eingefriedete Grundstücke.

(2) Maßnahmen, die die Rückkehr der Fische in ein Gewässer oder das Fischen auf den überfluteten Grundstücken erschweren oder verhindern, sind unzulässig.

(3) Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte überfluteter Grundstücke sind nicht berechtigt, auf diesen Grundstücken zu fischen. Fische, die in Gräben oder anderen Vertiefungen, die mit den Gewässern nicht mehr in Verbindung stehen, zurückbleiben, kann sich der Fischereiausübungsberechtigte innerhalb von drei Tagen nach Rücktritt des Wassers aneignen. Nach Ablauf dieser Frist steht dieses Recht dem Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten des Grundstücks zu.

(4) Nachteile, die den Eigentümern oder sonstigen Nutzungsberechtigten der überfluteten Grundstücke durch die Ausübung der Fischerei entstehen, sind zu entschädigen. Der Fischereiausübungsberechtigte haftet auch für die Schäden, die durch seine Helfer verursacht werden.

§ 16

Uferbetretungsrecht, Zugang zum Gewässer

(1) Der Fischereiausübungsberechtigte und seine Helfer sind, soweit dies zur ordnungsgemäßen Ausübung der Fischerei erforderlich ist und öffentlich-rechtliche Vorschriften nicht entgegenstehen, befugt, auf eigene Gefahr die Ufergrundstücke, Inseln, Anlandungen, Schiffsanlagen sowie Brücken, Wehre, Schleusen und sonstige Wasserbauwerke zu betreten sowie zur Hege, zum Fang oder

zur Aufbewahrung von Fischen bestimmte Geräte dort zu befestigen. Ausgenommen hiervon sind Gebäude, Hofräume, gewerbliche Anlagen mit Ausnahme von Campingplätzen sowie eingefriedete Grundstücke einschließlich der Grundstücke, deren Einfriedung zum Ufer fehlt. § 15 Abs. 1 Satz 3 und Abs. 4 findet entsprechende Anwendung.

(2) Kann der Fischereiausübungsberechtigte ein Gewässer oder ein überflutetes Grundstück nicht über einen öffentlichen Weg oder nur auf einem unzumutbaren Umweg erreichen, so kann er von anderen Grundstückseigentümern oder Nutzungsberechtigten verlangen, daß sie gegen eine angemessene Entschädigung das Betreten ihrer Grundstücke auf eigene Gefahr dulden. Absatz 1 Satz 2 und 3 findet Anwendung.

(3) Der Fischereiberechtigte sowie der Pächter sind befugt, Büsche, Sträucher oder Äste, welche die ordnungsgemäße Ausübung der Fischerei hindern, an einzelnen Stellen zurückzuschneiden, sofern der Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte einer entsprechenden Aufforderung innerhalb eines Monats nicht nachgekommen ist. Die Belange des Eigentümers, der Gewässerunterhaltung und des Naturschutzes sind zu beachten. Die abgeschnittenen Pflanzenteile sind zu entfernen, sofern der Eigentümer oder sonstige Nutzungsberechtigte nicht widerspricht; dabei am Grundstück entstandene Schäden sind dem Eigentümer oder sonstigen Nutzungsberechtigten zu ersetzen.

§ 17

Ausübung des Fischereirechts durch Dritte

(1) Die Ausübung des Fischereirechts kann einem anderen durch einen Pacht- oder Erlaubnisvertrag übertragen werden, soweit der Inhalt des Fischereirechts nicht entgegensteht. Wird der Vertrag mit natürlichen Personen abgeschlossen, müssen diese im Zeitpunkt des Vertragsabschlusses im Besitz eines gültigen Fischereischeins sein. Der Abschluß von Erlaubnisverträgen mit juristischen Personen ist nicht zulässig.

(2) Erlaubnisverträge im Sinne dieses Gesetzes sind alle Verträge nach Absatz 1, durch die den Berechtigten nur die Ausübung der Fischerei mit der Angel einschließlich des Köderfischfangs für den eigenen Bedarf gestattet wird.

§ 18

Pachtvertrag

(1) Der Pachtvertrag darf nur mit höchstens sechs Mitpächtern, darunter höchstens zwei juristischen Personen abgeschlossen werden. Im Pachtvertrag kann vereinbart werden, daß der Pächter befugt ist, Unterpacht- und Erlaubnisverträge abzuschließen. Der Pachtvertrag, seine Änderung und die Kündigung bedürfen der Schriftform.

(2) Bei Pachtverträgen, in denen die Verpflichtung nach § 14 Abs. 1 ganz auf den Pächter übertragen wird, muß die Pachtzeit mindestens zwölf Jahre betragen.

(3) Die Fischereibehörde kann Ausnahmen von Absatz 1 Satz 1 und Absatz 2 zulassen, wenn die ordnungsgemäße Bewirtschaftung des Vertragsgewässers gewährleistet ist.

(4) Auf den Pachtvertrag finden die Vorschriften der §§ 571 bis 579, 1056 und 2135 des Bürgerlichen Gesetzbuches entsprechende Anwendung.

§ 19

Anzeige von Pachtverträgen

(1) Abschluß, Änderung, Kündigung und Erlöschen eines Pachtvertrags im Sinne von § 18 Abs. 2 sind vom Verpächter der Fischereibehörde unverzüglich anzuzeigen; zur Anzeige ist auch der Pächter berechtigt. Vor Ablauf von zwei Monaten nach Anzeige eines Vertragsabschlusses darf der Pächter die Fischerei nicht oder nicht in dem sich aus der Vertragsänderung ergebenden Umfang ausüben. Wird der Vertrag beanstandet, darf der Pächter die Fischerei in dem sich aus dem Vertrag ergebenden Umfang erst ausüben, wenn die Beanstandungen behoben sind oder das Gericht rechtskräftig festgestellt hat, daß der Vertrag nicht zu beanstanden ist.

(2) Die Fischereibehörde kann einen Pachtvertrag im Sinne von § 18 Abs. 2 sowie dessen Änderung innerhalb von zwei Monaten nach Eingang der Anzeige beanstanden, wenn

1. gegen die Vorschriften des § 18 Abs. 1 Satz 1 und 3 und Abs. 2 verstoßen wurde,
2. die Erhaltung eines angemessenen Fischbestandes durch die Bestimmungen des Pachtvertrages nicht sichergestellt ist, oder
3. die Bestimmungen des Bewirtschaftungsplanes nicht beachtet sind.

(3) In dem Beanstandungsbescheid sind die Vertragsteile aufzufordern, den Vertrag innerhalb einer bestimmten Frist, die mindestens einen Monat betragen soll, aufzuheben oder in bestimmter Weise zu ändern.

(4) Kommen die Vertragsteile der Aufforderung nicht nach, so gilt der Vertrag mit Ablauf der Frist als aufgehoben, sofern nicht einer der Vertragsteile innerhalb der Frist einen Antrag auf gerichtliche Entscheidung stellt. Das Gericht kann entweder den Vertrag aufheben oder feststellen, daß er nicht zu beanstanden ist.

(5) Für das gerichtliche Verfahren gelten die Vorschriften des Gesetzes über das gerichtliche Verfahren in Landwirtschaftssachen entsprechend.

(6) Die Fischereibehörde kann für die Dauer eines über die Nichtigkeit oder die Beanstandung des Pachtvertrags anhängigen Verfahrens die zur Ausübung und zum Schutz der

Fischerei erforderlichen Anordnungen selbst treffen oder im Einzelfall die Fischereigenossenschaft hierzu ermächtigen. Die Kosten der Anordnung und ihrer Durchführung hat die im Verfahren unterliegende Partei zu tragen.

(7) Die Absätze 1 bis 6 finden keine Anwendung auf die vom Land oder vom Bund abgeschlossenen Pachtverträge. Die Fischereibehörde kann die Übersendung einer Mehrfertigung des Pachtvertrags verlangen.

§ 20

Erlöschen des Pachtvertrags

(1) Der Pachtvertrag erlischt, wenn dem Pächter der Fischereischein unanfechtbar entzogen worden ist. Er erlischt auch dann, wenn der Pächter nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer seines Fischereischeins die Erteilung eines neuen Fischereischeins beantragt hat oder wenn ihm die Erteilung eines neuen Fischereischeins unanfechtbar abgelehnt worden ist. Besitzt keiner der Erben eines verstorbenen Pächters einen Fischereischein, erlischt der Pachtvertrag drei Monate nach dem Tode des Pächters, wenn keiner der Erben innerhalb dieser Frist den Fischereischein erworben hat. Zur Vermeidung unbilliger Härten kann die Fischereibehörde die Frist nach Satz 3 um neun Monate verlängern. Gleichzeitig kann die Fischereibehörde die zur Ausübung und zum Schutz der Fischerei erforderlichen Anordnungen auf Kosten der Erben selbst treffen oder die Fischereigenossenschaft hierzu ermächtigen.

(2) Der Pächter hat, soweit im Pachtvertrag nichts anderes bestimmt ist, dem Verpächter den aus der Beendigung des Pachtvertrags nach Absatz 1 entstandenen Schaden zu ersetzen, wenn ihn ein Verschulden trifft.

(3) Treten in der Person eines Mitpächters die Voraussetzungen des Absatzes 1 ein, so bleibt der Pachtvertrag mit den übrigen Mitpächtern bestehen. Ist einem der Beteiligten die Aufrechterhaltung des Vertrages infolge des Ausscheidens eines Mitpächters nicht zumutbar, so kann er den Vertrag unter Einhaltung einer Kündigungsfrist von drei Monaten zum Schluß eines Kalenderjahres kündigen. Die Kündigung muß innerhalb eines Monats nach Erlangung der Kenntnis von dem Kündigungsgrund erfolgen.

§ 21

Erlaubnisvertrag

(1) Der Erlaubnisvertrag darf nur auf die Dauer von höchstens drei Jahren abgeschlossen werden. Der auf Grund eines Erlaubnisvertrags zur Ausübung der Fischerei Berechtigte darf die Fischerei erst ausüben, wenn ihm der Erlaubnisschein (§ 37) durch den anderen Vertragsteil erteilt ist. Dies gilt nicht, wenn der Berechtigte die Fischerei nur in Gegenwart des anderen Vertragsteils ausübt.

(2) Der Erlaubnisvertrag erlischt, wenn dem Berechtigten der Fischereischein unanfechtbar entzogen worden ist. Er erlischt auch dann, wenn der Berechtigte nicht innerhalb einer Frist von drei Monaten nach Ablauf der Gültigkeitsdauer seines Fischereischeins die Erteilung eines neuen Fischereischeins beantragt hat oder wenn ihm die Erteilung eines neuen Fischereischeins unanfechtbar abgelehnt worden ist. Der Berechtigte hat dem anderen Vertragsteil den aus der Beendigung des Erlaubnisvertrags entstandenen Schaden zu ersetzen, wenn ihn ein Verschulden trifft.

(3) Die vom Pächter abgeschlossenen Erlaubnisverträge enden mit dem Pachtvertrag. Der Pächter hat die Berechtigten hiervon zu unterrichten und die von ihm ausgestellten Erlaubnisscheine einzuziehen.

(4) Der Berechtigte hat bei der Ausübung der Fischerei den Erlaubnisschein bei sich zu führen und auf Verlangen auch dem Fischereiberechtigten und dem Pächter zur Einsichtnahme auszuhändigen.

Vierter Abschnitt

Fischereibeizirk, Fischereigenossenschaft

§ 22

Fischereibeizirk

(1) Die Fischereibehörde kann Fischereibeizirke bilden, wenn dies zur Erhaltung des Fischbestandes und zur Sicherstellung einer ordnungsgemäßen fischereilichen Nutzung erforderlich ist. Die Abgrenzung der Fischereibeizirke ist so vorzunehmen, daß der Fischereibeizirk eine fischereibiologische Einheit möglichst ganz umfaßt sowie eine sinnvolle Bewirtschaftung zuläßt. Die Bildung, Änderung und Aufhebung eines Fischereibeizirks sind im Staatsanzeiger bekanntzumachen.

(2) Erstreckt sich der Fischereibeizirk auf den Beizirk mehrerer Fischereibehörden, wird die zuständige Behörde durch das Ministerium bestimmt.

(3) Steht das Fischereirecht innerhalb eines Fischereibeizirks nur einer natürlichen oder juristischen Person zu, handelt es sich um einen Eigenfischereibeizirk. Die übrigen Fischereibeizirke sind gemeinschaftliche Fischereibeizirke.

§ 23

Fischereigenossenschaft

(1) Die Fischereiberechtigten, deren Fischereirechte zu einem gemeinschaftlichen Fischereibeizirk gehören, bilden eine Fischereigenossenschaft. Die Fischereigenossenschaft ist eine rechtsfähige Körperschaft des öffentlichen Rechts, die von der Fischereibehörde beaufsichtigt wird. Die §§ 120 bis 124 der Gemeindeordnung sowie § 22 Abs. 2 des Gesetzes gelten entsprechend.

(2) Der Anteil der Mitglieder an den Lasten sowie das Stimmrecht der Mitglieder bestimmen sich nach dem Wert der Fischereirechte. Die Genossenschaftsversammlung kann in der Satzung einen anderen Maßstab unter angemessener Berücksichtigung des Werts der Fischereirechte bestimmen. Jedes Mitglied muß mindestens eine Stimme besitzen. Mehr als zwei Fünftel der Stimmen dürfen auf ein Mitglied nicht entfallen.

(3) Die Fischereigenossenschaft hat ein Mitgliederverzeichnis zu führen, aus dem das Stimmrecht und der Anteil an den Lasten für das einzelne Mitglied hervorgehen müssen.

(4) Steht das Fischereirecht mehreren Personen zu, so können sie die Rechte aus dem Fischereirecht innerhalb der Genossenschaft nur durch einen gemeinschaftlichen Vertreter ausüben. Für die Verpflichtungen haften sie als Gesamtschuldner. Soweit die Berechtigten keinen gemeinschaftlichen Vertreter bestellt haben, kann die Fischereigenossenschaft Handlungen, die sie gegenüber dem Inhaber des Fischereirechts vorzunehmen hat, gegenüber einem Berechtigten wirksam vornehmen.

(5) Soweit im Pachtvertrag im Sinne von § 18 Abs. 2 nichts anderes vereinbart ist, tritt der Pächter während der Pachtdauer an die Stelle des Fischereiberechtigten in die sich aus der Mitgliedschaft in der Fischereigenossenschaft ergebenden Rechte und Pflichten ein. Ist ein Fischereirecht an mehrere verpachtet, gilt Absatz 4 entsprechend.

§ 24

Aufgaben der Fischereigenossenschaft

Die Fischereigenossenschaft hat die Aufgabe, die auf Grund der Hegepflicht vorzunehmenden Maßnahmen ihrer Mitglieder zusammenzufassen und zu lenken sowie durch eigene Maßnahmen zu unterstützen.

§ 25

Satzung der Fischereigenossenschaft

(1) Die Fischereigenossenschaft hat sich eine Satzung zu geben. Die Fischereibehörde kann eine Änderung der Satzung verlangen, wenn dies erforderlich ist, damit die Fischereigenossenschaft weiterhin ihren gesetzlichen Verpflichtungen nachkommen kann. Die Satzung und ihre Änderungen bedürfen der Genehmigung durch die Fischereibehörde. Die Fischereigenossenschaft hat die Satzung mit dem Genehmigungsvermerk bekanntzumachen.

(2) Das Ministerium erläßt durch Rechtsverordnung Bestimmungen über

1. den notwendigen Inhalt der Satzung, wozu insbesondere die satzungsmäßige Regelung der Rechte und Pflichten der Mitglieder und der Genossenschaftsorgane, die Bestimmungen über die Aufstellung der Bewirtschaftungs-

pläne sowie die Regelung der Voraussetzungen einer Umlageerhebung unter den Mitgliedern in der Satzung gehören;

2. die Voraussetzungen und das Verfahren zum Erlaß einer Satzung oder Satzungsänderung durch die Fischereibehörde, wenn die Genossenschaft ihrer rechtlichen Verpflichtung hierzu nicht nachkommt;

3. das Verfahren zur Konstituierung der Fischereigenossenschaft durch die Fischereibehörde, die einen gemeinschaftlichen Fischereibe-
zirk festgesetzt hat.

§ 26

Organe

Organe der Fischereigenossenschaft sind die Genossenschaftsversammlung und der Vorstand.

§ 27

Genossenschaftsversammlung

(1) Die Genossenschaftsversammlung beschließt die Satzung, die Umlagen und die Bewirtschaftungspläne, wählt den Vorstand und dessen Vorsitzenden und nimmt die ihr durch die Satzung sonst zugewiesenen Aufgaben wahr.

(2) Die Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung bedürfen der Stimmenmehrheit der anwesenden oder vertretenen Mitglieder. Der Vertreter hat seine Bevollmächtigung durch Vorlage einer schriftlichen Vollmacht nachzuweisen.

(3) Die Beschlußfassung über die Satzung sowie deren Änderung bedürfen einer Mehrheit von zwei Dritteln aller Stimmen der Mitglieder. Kommt die Beschlußfassung nicht zustande, weil die erforderliche Mehrheit nicht anwesend oder vertreten war, kann innerhalb eines Monats eine weitere Genossenschaftsversammlung einberufen werden, die über die Satzung oder eine Änderung der Satzung mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Stimmen der anwesenden oder vertretenen Mitglieder beschließt. In der Einladung zu der weiteren Genossenschaftsversammlung ist auf die abweichende Mehrheit für die Beschlußfassung hinzuweisen.

(4) Die Genossenschaftsversammlung wird vom Vorsitzenden geleitet. Sie ist mindestens einmal jährlich einzuberufen. Sie ist ferner einzuberufen, wenn dies von mindestens einem Viertel der Mitglieder schriftlich unter Angabe des Grundes verlangt wird. Die Fischereibehörde kann die Einberufung verlangen, wenn hierfür ein wichtiger Grund vorliegt.

§ 28

Vorstand

(1) Der Vorstand der Fischereigenossenschaft besteht aus dem Vorsitzenden und mindestens zwei weiteren Mitgliedern. Ist wegen der geringen Mitgliederzahl einer Fischereigenossenschaft ein aus mehreren Personen bestehender Vorstand nicht zweckmäßig, kann die Satzung festlegen,

daß der Vorstand nur aus einem Mitglied besteht. Die Mitglieder des Vorstandes müssen nicht Mitglieder der Fischereigenossenschaft sein.

(2) Der Vorstand führt die laufenden Geschäfte sowie nach Maßgabe der Gesetze, der Satzung und der Beschlüsse der Genossenschaftsversammlung die übrige Verwaltung der Fischereigenossenschaft. Der Vorsitzende und der satzungsmäßige Stellvertreter vertreten die Fischereigenossenschaft gerichtlich und außergerichtlich; sie sind allein zur Vertretung berechtigt.

(3) Soweit die erforderlichen Mitglieder des Vorstandes fehlen, sind diese bis zur Behebung des Mangels durch die Fischereibehörde zu bestellen.

§ 29

Auseinandersetzung, Abwicklung

(1) Wird die Abgrenzung der Fischereibezirke geändert, treffen die beteiligten Fischereigenossenschaften und Inhaber von Eigenfischereibezirken die erforderliche Vereinbarung über die Rechtsnachfolge und die Auseinandersetzung. Die Vereinbarung bedarf der Genehmigung durch die Fischereibehörde. Kommt die Vereinbarung trotz Fristsetzung, die mindestens einen Monat betragen soll, nicht zustande, trifft die Fischereibehörde die erforderlichen Bestimmungen.

(2) Wird ein gemeinschaftlicher Fischereibeizirk aufgehoben, ist die Fischereigenossenschaft aufgelöst. Die Fischereigenossenschaft gilt nach ihrer Auflösung jedoch als fortbestehend, soweit der Zweck der Abwicklung es erfordert.

(3) Die Abwicklung erfolgt durch den Vorstand. Die Genossenschaftsversammlung beschließt innerhalb eines Jahres nach Auflösung der Fischereigenossenschaft über die Verwendung des verbleibenden Vermögens. Wird innerhalb dieser Frist kein Beschluß getroffen, ist das Vermögen entsprechend dem Wert der Fischereirechte der Mitglieder an diese auszuzahlen. Die Fischereibehörde kann die Frist verlängern, wenn der Abschluß der Abwicklung aus zwingenden Gründen innerhalb der Frist nicht möglich ist.

(4) Für Rechtshandlungen, die aus Anlaß der Änderung der Einteilung der Fischereibezirke notwendig werden, werden Abgaben (insbesondere auch die Kosten nach dem Gerichtskostengesetz und der Kostenordnung) des Landes und der seiner Aufsicht unterstehenden Körperschaften des öffentlichen Rechts nicht erhoben; Auslagen werden nicht ersetzt.

§ 30

Bewirtschaftungsplan

(1) In einem Eigenfischereibeizirk hat der Fischereiberechtigte, bei Abschluß eines Pachtvertrages im Sinne von § 18 Abs. 2, soweit im Pachtvertrag nichts anderes bestimmt ist, der Pächter sowie in einem gemeinschaftlichen Fischereibe-

izirk die Fischereigenossenschaft für den Zeitraum von ein bis fünf Jahren Bewirtschaftungspläne aufzustellen, die Bestimmungen treffen über

1. die Maßnahmen zur Hege und zum künstlichen Fischbesatz,
2. die Maßnahmen nach unvorhersehbaren nachteiligen Einwirkungen auf den Fischbestand oder das Gewässer,
3. den Umfang des zulässigen Fischfangs auf Grund der einzelnen Fischereirechte,
4. die Höchstzahl der für das einzelne Fischereirecht zulässigen Pacht- und Erlaubnisverträge,
5. die Überwachung der Durchführung des Bewirtschaftungsplanes und
6. Wettfischen und ähnliche fischereiliche Veranstaltungen.

(2) Die Bewirtschaftungspläne sollen mit den Bewirtschaftungsplänen in den angrenzenden Fischereibezirken abgestimmt werden. Sie bedürfen der Genehmigung durch die Fischereibehörde. Die Genehmigung ist zu versagen, wenn die Festsetzungen nicht geeignet sind, den Fischbestand zu erhalten und eine ordnungsgemäße fischereiliche Nutzung zu sichern.

(3) Sind mehrere Pächter zur Aufstellung eines Bewirtschaftungsplanes verpflichtet, haben sie einen gemeinsamen Bewirtschaftungsplan aufzustellen.

(4) Stellen die nach Absatz 1 Verpflichteten nicht bis zum 1. Februar eines Jahres einen Bewirtschaftungsplan auf oder wird der Bewirtschaftungsplan innerhalb einer weiteren Frist von zwei Monaten aus Gründen, die vom Verpflichteten zu vertreten sind, nicht genehmigt, stellt die Fischereibehörde nach vorheriger Androhung auf Kosten der Pflichtigen den Bewirtschaftungsplan auf.

(5) Erfüllt ein Fischereiausübungsberechtigter seine Verpflichtungen aus den Bewirtschaftungsplänen trotz Fristsetzung bei einem gemeinschaftlichen Fischereibeizirk durch die Fischereigenossenschaft, im übrigen durch die Fischereibehörde nicht, führt bei einem gemeinschaftlichen Fischereibeizirk die Fischereigenossenschaft, im übrigen die Fischereibehörde die erforderlichen Maßnahmen auf Kosten des Pflichtigen durch. Mit der Durchführung dieser Maßnahmen können auch Dritte mit ihrem Einverständnis beauftragt werden.

Fünfter Abschnitt

Fischereischein, Fischereiabgabe,

Erlaubnisschein

§ 31

Fischereischein

(1) Wer die Fischerei ausübt, muß einen Fischereischein besitzen und diesen bei sich führen. Auf Verlangen ist der Fi-

schereischein auch dem Fischereiberechtigten und dem Pächter zur Einsichtnahme auszuhändigen.

(2) Der Fischereischein wird nur erteilt, wenn der Antragsteller die für die Ausübung der Fischerei erforderliche Sachkunde besitzt. Das Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung die Anforderungen an die Sachkunde und den Nachweis der erforderlichen Kenntnisse sowie die Fälle, in denen aus besonderen Gründen vom Nachweis der Sachkunde abgesehen werden kann; dabei kann den Landratsämtern und den Stadtkreisen als untere Verwaltungsbehörden die Abnahme einer Prüfung übertragen werden.

(3) Ein Fischereischein ist nicht erforderlich

1. für Personen, die den Inhaber eines Fischereischeines bei der Ausübung des Fischfangs unterstützen,
2. wenn die Fischereibehörde in besonderen Fällen oder für Teilnehmer an fischereilichen Veranstaltungen Ausnahmen von Absatz 1 zugelassen hat.

(4) In anderen Ländern der Bundesrepublik Deutschland ausgestellte Fischereischeine gelten auch im Geltungsbereich dieses Gesetzes.

§ 32

Jugendfischereischein

(1) Personen, die das zehnte, aber noch nicht das sechzehnte Lebensjahr vollendet haben, kann ein Fischereischein für Jugendliche (Jugendfischereischein) erteilt werden, soweit sie nicht die für die Ausstellung eines Fischereischeines gemäß § 31 erforderliche Sachkunde besitzen oder in einem Ausbildungsverhältnis als Fischwirt stehen.

(2) Der Jugendfischereischein berechtigt nur zur Ausübung der Fischerei unter Aufsicht eines mindestens achtzehn Jahre alten Inhabers eines Fischereischeines. § 31 Abs. 1, 3 und 4 gilt entsprechend.

§ 33

Versagungsgründe

(1) Der Fischereischein und der Jugendfischereischein sind Personen zu versagen,

1. die das zehnte Lebensjahr noch nicht vollendet haben,
2. die entmündigt sind.

(2) Der Fischereischein und der Jugendfischereischein können insbesondere Personen versagt werden,

1. die im Geltungsbereich des Grundgesetzes keinen Wohnsitz haben,
2. die Fischwilderei begangen, einen Fischereischein gefälscht oder wiederholt oder gröblich Zuwiderhandlungen gegen Vorschriften dieses Gesetzes und der dazu ergangenen Rechtsverordnungen, die als Ordnungswidrigkeiten geahndet werden, begangen haben.

(3) Aus den Gründen des Absatzes 2 Nr. 2 können der Fischereischein und der Jugendfischereischein nicht mehr versagt werden, wenn ein Führungszeugnis vorgelegt wird, das keine Verurteilung enthält oder wenn seit Begehung der Straftat oder Ordnungswidrigkeit fünf Jahre verstrichen sind.

§ 34

Gültigkeitsdauer

(1) Der Fischereischein wird

1. für ein Kalenderjahr (Jahresfischereischein) oder
2. für fünf aufeinanderfolgende Kalenderjahre nach einem vom Ministerium bestimmten Muster erteilt.

(2) Die Gültigkeitsdauer des Fischereischeines kann verlängert werden. Die Verlängerung der Gültigkeitsdauer steht der Erteilung des Fischereischeines gleich.

(3) Der Jugendfischereischein wird nur für ein Kalenderjahr erteilt.

§ 35

Zuständigkeit für die Erteilung der Fischereischeine

(1) Zuständig für die Erteilung des Fischereischeines und des Jugendfischereischeines sind

1. die Gemeinden, soweit in Nummer 2 nichts anderes bestimmt ist,
2. die Verwaltungsgemeinschaften.

Die den Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften übertragenen Aufgaben sind Pflichtaufgaben nach Weisung der Fischereibehörden und des Ministeriums. Das Weisungsrecht ist nicht beschränkt.

(2) Örtlich zuständig ist die Behörde, in deren Bezirk der Antragsteller seine Hauptwohnung hat. Hat der Antragsteller keine Hauptwohnung im Lande, ist die Behörde zuständig, in deren Bezirk er die Fischerei ausüben will.

(3) Für die Verpflichtung zur Leistung von Gebühren sowie Umfang und Höhe der Gebühren bei Wahrnehmung der Aufgaben des Absatzes 1 durch Gemeinden und Verwaltungsgemeinschaften gelten die für die unteren Verwaltungsbehörden maßgebenden Vorschriften.

§ 36

Fischereiabgabe

(1) Mit der Gebühr für die Erteilung eines Fischereischeines wird eine Fischereiabgabe erhoben, die an das Land abzuführen und vom Ministerium nach Anhörung des Landesfischereibeirats zur Förderung des Fischereiwesens und der fischereilichen Forschungstätigkeit zu verwenden ist.

(2) Das Ministerium wird ermächtigt, durch Rechtsverordnung im Einvernehmen mit dem Finanzministerium die

Höhe der Fischereiabgabe festzusetzen, deren Höchstbetrag das Dreifache der Gebühr für die Erteilung des jeweiligen Fischereischeins nicht übersteigen darf.

(3) Auf die Fischereiabgabe sind die §§ 7, 19 und 20 des Landesgebührengesetzes entsprechend anzuwenden. Bei der Erteilung von Zweitausfertigungen eines Fischereischeins ist eine Fischereiabgabe nicht zu entrichten.

(4) Absatz 1 gilt nicht für die unter die Vereinbarung für die Ausübung der Fischerei vom 26. Juni 1954 (Staatsanzeiger Nr. 51 vom 3. Juli 1954) fallenden französischen Mitglieder der alliierten Streitkräfte, solange diese Vereinbarung in Kraft ist.

§ 37

Erlaubnisschein

(1) Dem auf Grund eines Erlaubnisvertrags zur Fischerei Berechtigten hat der andere Vertragsteil einen Erlaubnisschein zu erteilen, der mindestens folgende Angaben enthalten muß:

1. Name und Anschrift des Inhabers des Fischereirechts oder des Pächters,
2. Name und Anschrift des Inhabers des Erlaubnisscheins,
3. Tag der Ausstellung und Gültigkeitsdauer,
4. Bezeichnung des Gewässers oder der Gewässerstrecke, auf die sich der Erlaubnisvertrag bezieht,
5. Angaben über die zugelassenen Fanggeräte und Wasserfahrzeuge und
6. Angaben über Mengenbeschränkungen und Abweichung von Schonmaßen.

§ 21 Abs. 1 Satz 3 bleibt unberührt.

(2) Das Ministerium kann durch Rechtsverordnung bestimmen, daß für die Erlaubnisscheine bestimmte Muster zu verwenden und über die Ausgabe der Erlaubnisscheine Listen zu führen sind.

(3) Die nach Absatz 2 zu führenden Listen sind der Fischereibehörde und den Fischereiaufsehern auf Verlangen vorzulegen.

Sechster Abschnitt Schutz der Fischbestände

§ 38

Verbot schädigender Mittel

(1) Der Fischfang mit künstlichem Licht, explodierenden, betäubenden und giftigen Mitteln, mit Schlingen sowie mit verletzenden Geräten (mit Ausnahme von Angelhaken) sowie das Reißen (einschließlich Zocken, Schlenzen und dergleichen) sind verboten.

(2) Für fischereiwirtschaftliche und wissenschaftliche Zwecke kann die Fischereibehörde Ausnahmen von Absatz 1 zulassen.

(3) Das Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung die Voraussetzungen, unter denen die Verwendung des elektrischen Stromes für fischereiliche Zwecke zulässig ist.

§ 39

Maßnahmen an Anlagen zur Wasserentnahme und an Triebwerken

(1) Wer Anlagen zur Wasserentnahme oder Triebwerke errichtet, hat auf seine Kosten geeignete Vorrichtungen, die das Eindringen von Fischen verhindern, anzubringen und zu unterhalten.

(2) Sind solche Vorrichtungen mit dem Vorhaben nicht vereinbar oder wirtschaftlich nicht zumutbar, hat der Unternehmer an Stelle der Verpflichtung nach Absatz 1 jährlich einen angemessenen Beitrag für die Erhaltung des Fischbestandes durch Fischbesatz zu leisten. Der Beitrag ist unter Berücksichtigung des Ausmaßes der Schädigung des Fischbestandes festzusetzen. Weitergehende Ansprüche auf Entschädigung oder Schadensersatz nach anderen Vorschriften bleiben unberührt.

§ 40

Fischwege

(1) Wer Anlagen in einem Gewässer errichtet, die den Wechsel der Fische verhindern oder erheblich beeinträchtigen, hat auf seine Kosten Fischwege oder sonstige für den Wechsel der Fische geeignete Einrichtungen von ausreichender Größe und Wasserbeschickung (Fischwege) anzulegen, zu betreiben und zu unterhalten.

(2) Die für die wasserrechtliche Entscheidung zuständige Behörde kann im Einvernehmen mit der Fischereibehörde Ausnahmen von Absatz 1 zulassen, insbesondere wenn

1. die Anlage nur einen vorübergehenden Zweck hat und ihre spätere Beseitigung gewährleistet ist, oder
2. die für die Anlegung und Unterhaltung des Fischweges entstehenden Kosten in keinem Verhältnis zu den Vorteilen für die Fischerei stehen oder sonstige Nachteile entstehen, die schwerwiegender sind als die durch die Anlegung des Fischweges für die Fischerei entstehenden Vorteile.

(3) Ist die Errichtung eines Fischweges nicht möglich oder ist eine Ausnahme nach Absatz 2 zugelassen, hat der Unternehmer an Stelle der Verpflichtung nach Absatz 1 jährlich einen angemessenen Beitrag für die Erhaltung des Fischbestandes durch Fischbesatz zu leisten. Der Beitrag ist unter Berücksichtigung der durch die Behinderung des Fischwechsels zu erwartenden Schädigung des Fischbestandes festzusetzen. § 39 Abs. 2 Satz 3 findet Anwendung.

§ 41

Fischwege bei bestehenden Anlagen

(1) Die Eigentümer von Anlagen nach § 40 Abs. 1, die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehen, müssen die Anlegung,

den Betrieb sowie die Unterhaltung eines Fischweges durch das Land gegen angemessene Entschädigung in Geld dulden, wenn dies zur Erhaltung eines angemessenen Fischbestandes erforderlich und mit der Anlage technisch vereinbar ist. Weitergehende Vorschriften bleiben unberührt.

(2) Das Land kann die Anlegung, den Betrieb sowie die Unterhaltung durch das Land davon abhängig machen, daß die hierdurch Begünstigten sich verpflichten, sich in angemessener Weise an den Bau- und Betriebskosten zu beteiligen.

§ 42

Sicherung des Fischwechsels

(1) Ein Gewässer darf unbeschadet des § 4 Abs. 4 Satz 2, §§ 39 und 40 durch ständige Fischereivorrichtungen einschließlich der elektrisch betriebenen Scheuchvorrichtung nicht auf mehr als die halbe Breite, von Uferlinie zu Uferlinie gemessen, für den Fischwechsel versperrt werden. Ständige Fischereivorrichtungen müssen voneinander so weit entfernt sein, daß sie den Fischwechsel nicht beeinträchtigen.

(2) Für die Dauer der Schonzeiten sind die ständigen Fischereivorrichtungen in den Gewässern zu beseitigen oder so zu verändern, daß ihr Fangeffekt aufgehoben wird.

(3) Die Fischereibehörde kann Ausnahmen von den Absätzen 1 und 2 zulassen, wenn dadurch die Erhaltung des Fischbestandes nicht gefährdet wird.

(4) Absätze 1 und 2 gelten nicht für die im Zeitpunkt des Inkrafttretens dieses Gesetzes bestehenden und rechtmäßig genutzten ständigen Fischereivorrichtungen.

§ 43

Schonbezirke

(1) Die Fischereibehörde kann durch Rechtsverordnung zu Schonbezirken erklären

1. Gewässerteile, die für den Wechsel der Fische von besonderer Bedeutung sind (Fischschonbezirke),
2. Gewässer oder Gewässerteile, die besonders geeignete Laich- und Aufwuchsplätze für die Fische sind (Laichschonbezirke) oder
3. Gewässerteile, die als Winterlager für Fische besonders geeignet sind (Winterlager).

Vor Erlass der Rechtsverordnung ist der Entwurf in den Gemeinden, in denen die Schonbezirke liegen sollen, für die Dauer eines Monats öffentlich auszulegen. Ort und Dauer der Auslegung sind mindestens eine Woche vorher von den Gemeinden öffentlich bekanntzumachen mit dem Hinweis, daß Bedenken und Anregungen während der Auslegungsfrist vorgebracht werden können.

(2) Die Fischereibehörde erläßt die Rechtsverordnung im Einvernehmen mit der höheren Wasserbehörde nach Anhörung der Fischereigenossenschaft, in deren Fischereibeizirk der Schonbezirk liegen soll, oder bei einem Eigenfischereibeizirk nach Anhörung des Inhabers des Fischereirechts sowie bei Verpachtung durch einen Pachtvertrag im Sinne von § 18 Abs. 2 des Pächters. Gleichzeitig teilt die Fischereibehörde den Personen, die fristgerecht Bedenken und Anregungen vorgebracht haben, das Ergebnis ihrer Prüfung mit.

(3) In der Rechtsverordnung nach Absatz 1 können der Fischfang sowie Störungen, die die Fortpflanzung und den Bestand der Fische gefährden, insbesondere die Räumung des Gewässerbettes, das Mähen, das Einbringen und die Entnahme von Pflanzen, Schlamm, Erde, Sand, Kies und Steinen, das Fahren mit Booten, das Wasserskilaufen und der Eissport für bestimmte Zeiten beschränkt oder verboten werden.

(4) Stellt eine Regelung nach Absatz 3 eine Enteignung dar, so hat das Land dafür eine angemessene Entschädigung in Geld zu leisten. Hat der Entschädigungsberechtigte Maßnahmen getroffen, um die Nutzungen zu steigern, und ist nachgewiesen, daß die Maßnahmen diese Nutzungen nachhaltig gesteigert hätten, so ist dies zu berücksichtigen. Das Land kann die Erklärung zum Schonbezirk davon abhängig machen, daß die hierdurch Begünstigten sich verpflichten, die Entschädigungen ganz oder teilweise zu erstatten.

(5) Die Ortspolizeibehörden haben die Schonbezirke durch Aufstellen leicht lesbarer Schilder an geeigneten Stellen kenntlich zu machen. Die Eigentümer des Gewässerbettes und der Ufergrundstücke sind verpflichtet, die Kennzeichnung ohne Entschädigung zu dulden.

(6) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes vorhandenen Schonbezirke bleiben bis zum 31. Dezember 1983 bestehen, soweit sie nicht vorher aufgehoben werden. Für sie gelten die bisherigen Vorschriften über Schonbezirke weiter.

§ 44

Schutz der Fischerei

(1) Zum Schutz der Fischerei kann das Ministerium durch Rechtsverordnung Bestimmungen treffen über

1. die Schonzeiten der Fische einschließlich der Verbote oder der Beschränkungen der Ausübung der Fischerei während der Schonzeiten,
2. das Mindestmaß der Fische sowie die Behandlung untermaßiger oder während der Schonzeit gefangener Fische,
3. die Anlandung, die Beförderung, den Verkauf und die Verwertung untermaßiger oder während der Schonzeit gefangener Fische,
4. die Verpflichtung zur Anlandung von gefangenen Fischen bestimmter Arten, deren Vorkommen oder Ver-

mehring aus fischereibiologischen Gründen unerwünscht ist,

5. Verbote oder Beschränkungen für das Aussetzen von Fischarten, die den angemessenen Fischbestand des Gewässers sowie den in diesem bestehenden Lebensraum und Lebensgemeinschaft gefährden könnten,
6. die Art und Zeit der Werbung von Wasserpflanzen,
7. den Schutz der Fischlaichplätze, des Fischlaichs, der Fischbrut und des Winterlagers der Fische,
8. den Schutz der Fischnährtiere,
9. das Einlassen zahmen Wassergeflügels in Gewässer,
10. die Art, Beschaffenheit und Verwendung der Fanggeräte und Fangmittel,
11. die Beschränkung der Fischerei zur Nachtzeit,
12. den Fischfang in und an Fischwegen,
13. die Ausübung des Fischfangs zur Vermeidung gegenseitiger Störung der Fischer,
14. die lichte Stabweite bei Rechenanlagen gegen das Eindringen von Fischen in Anlagen zur Wasserentnahme oder Triebwerke und
15. die Kennzeichnung der in Gewässern ausliegenden Fischereifahrzeuge, Fanggeräte, Fangmittel und Fischbehälter.

(2) Die bei Inkrafttreten dieses Gesetzes bestehenden Rechte auf die Benutzung ständiger Fischereivorrichtungen sowie auf den Gebrauch eines anderen bestimmten Fanggerätes werden durch eine auf Grund Absatz 1 Nr. 10 erlassene Rechtsverordnung nicht berührt, wenn der Fischereiberechtigte nur mit diesem die Fischerei ausüben darf.

(3) Die Rechtsverordnungen nach Absatz 1 gelten für die Gewässer im Sinne von § 1 Abs. 2 und für den Bodensee (einschließlich des Untersees) nur, wenn dies in der Rechtsverordnung ausdrücklich bestimmt ist.

§ 45

Mitführen von Fanggeräten und sonstiger Fangmittel

Niemand darf an oder auf Gewässern, in denen er nicht zum Fischfang berechtigt ist, Fanggeräte und sonstige Fangmittel fangfertig mitführen. Das Mitführen unerlaubter Fanggeräte und sonstiger Fangmittel an oder auf Gewässern ist untersagt.

§ 46

Anzeige von Fischsterben

Die Fischereiausübungsberechtigten sind verpflichtet, Fischsterben unverzüglich der Ortpolizeibehörde, wenn diese nicht erreichbar ist, bei einer Polizeidienststelle anzuzeigen. Bei Gefahr in Verzug kann die Anzeige in jedem Fall auch bei einer Polizeidienststelle erfolgen.

§ 47

Übertragbare Fischkrankheiten

(1) Zum Schutz der Fische gegen einzelne übertragbare Fischkrankheiten kann das Ministerium durch Rechtsverordnung bestimmen, daß

1. Fischereigenossenschaften, Fischereiberechtigte, Fischereipächter, Inhaber von Fischereierlaubnisscheinen, Fischereiaufseher, Tierärzte und Untersuchungsanstalten der Fischereibehörde anzuzeigen haben, wenn in einem Gewässer der Ausbruch einer übertragbaren Fischkrankheit festgestellt ist oder der Verdacht hierauf besteht,
2. übertragbare Fischkrankheiten zu bekämpfen sowie kranke oder verdächtige Fische zu behandeln, abzusondern oder unschädlich zu beseitigen sind,
3. kranke oder verdächtige Fische zur Zucht oder zum Besatz nicht in den Verkehr gebracht werden dürfen,
4. Besitzer von Anlagen der Teichwirtschaft und der Fischzucht bestimmte Maßnahmen durchzuführen haben, durch die der Befall des Fischbestandes mit übertragbaren Fischkrankheiten verhindert wird,
5. Fische zur Zucht oder zum Besatz nur dann in ein Gewässer eingebracht werden dürfen, wenn ein amtliches Zeugnis darüber vorliegt, daß sie keine Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch einer übertragbaren Fischkrankheit befürchten lassen, und daß sie aus einem Bestand stammen, in dem übertragbare Fischkrankheiten oder deren Verdacht nicht festgestellt worden sind.

(2) Übertragbare Fischkrankheiten im Sinne dieses Gesetzes sind

1. die infektiöse Bauchwassersucht der Karpfen (IBW),
2. die Schwimmblasenentzündung der Karpfenartigen (SBE),
3. die hämorrhagische Virus-Septikämie (HVS),
4. die infektiöse Pankreas-Nekrose der Forellenartigen (IPN),
5. die Drehkrankheit der Forellenartigen.

(3) Das Ministerium kann durch Rechtsverordnung weitere übertragbare Krankheiten der Fische den Fischkrankheiten im Sinne von Absatz 2 gleichstellen.

(4) Verdächtig ist jeder Fisch, an dem sich Erscheinungen zeigen, die den Ausbruch einer übertragbaren Fischkrankheit befürchten lassen. Darüber hinaus ist jeder Fisch aus Anlagen der Teichwirtschaft und der Fischzucht oder sonstigen Anlagen der Fischhaltung verdächtig, solange sich in diesen erkrankte oder nach Satz 1 verdächtige Fische befinden.

(5) Die Einhaltung der auf Grund der Absätze 1 und 3 erlassenen Rechtsverordnungen sowie der auf Grund dieser

Rechtsverordnungen getroffenen vollziehbaren Anordnungen werden durch die zuständigen Behörden überwacht. § 73 Abs. 2, 3, 5 und 6 des Viehseuchengesetzes findet entsprechende Anwendung mit der Maßgabe, daß die von der zuständigen Behörde beauftragten Personen auch Untersuchungen einzelner Fische und der Gewässer vornehmen dürfen.

Siebter Abschnitt
Fischereibehörden,
Fischereibeiräte, Fischereiaufsicht

§ 48

Fischereibehörden

- (1) Oberste Fischereibehörde ist das Ministerium.
- (2) Fischereibehörden sind die Regierungspräsidien.

§ 49

Fischereibeiräte

(1) Zur Beratung in fischereifachlichen Fragen werden beim Ministerium ein Landesfischereibeirat und bei den Fischereibehörden Fischereibeiräte gebildet. Dem Landesfischereibeirat sollen insbesondere Vertreter der Fischereirechtsinhaber, der Landesfischereivverbände und des Natur- und Umweltschutzes angehören. In die Fischereibeiräte sollen insbesondere Vertreter der Berufs- und Sportfischer berufen werden.

(2) Das Ministerium bestimmt durch Rechtsverordnung die Zusammensetzung des Landesfischereibeirats und der Fischereibeiräte sowie das Vorschlagsrecht und das Berufungsverfahren.

(3) Die Mitglieder des Landesfischereibeirats und der Fischereibeiräte sind ehrenamtlich tätig. Sie sind unabhängig und nicht an Weisungen gebunden. Die Beiräte sind mindestens einmal im Jahr einzuberufen. Sie sind auch einzuberufen, wenn die Mehrheit der Mitglieder dies beantragt. Den Vorsitz in den Beiräten führt ein vom Ministerium oder der Fischereibehörde bestellter Vertreter.

§ 50

Fischereiaufsicht

(1) Die Fischereiaufsicht ist Aufgabe der Fischereibehörde. Sie bestellt die staatlichen Fischereiaufseher.

(2) Zur Durchführung der Fischereiaufsicht kann die Fischereibehörde auch sonstige zuverlässige Personen, die volljährig und im Besitz eines Fischereischeins sein müssen, zu ehrenamtlichen Fischereiaufsehern bestellen. Sie unterliegen der Dienstaufsicht der Fischereibehörde, die ihnen einen Dienstausweis ausstellt.

(3) Auf oder an Gewässern mit Fanggeräten angetroffene Personen haben den Fischereiaufsehern auf Verlangen jederzeit

1. die Personalien anzugeben,
2. den Fischereischein, den Jugendfischereischein sowie den Erlaubnisschein zur Prüfung auszuhändigen,
3. die mitgeführten Fanggeräte, die Fische und Fanggeräte in Fischereifahrzeugen sowie die Fischbehälter vorzuzeigen.

Die Führer von Wasserfahrzeugen, von denen aus Fischfang betrieben wird, haben auf Anruf sofort ihre Fahrzeuge anzuhalten und auf Verlangen den Fischereiaufseher an Bord zu holen. Die Weiterfahrt ist erst zulässig, wenn der Fischereiaufseher dies gestattet.

(4) Der Fischereiaufseher hat bei dienstlichem Einschreiten auf Verlangen seinen Dienstausweis vorzuzeigen, es sei denn, daß ihm dies aus Sicherheitsgründen nicht zugemutet werden kann. Der Fischereiaufseher ist befugt, Personen,

1. die unberechtigt fischen,
2. die auf oder an Gewässern, in denen sie nicht zur Ausübung der Fischerei berechtigt sind, mit Fanggeräten angetroffen werden, oder
3. die eine sonstige Zuwiderhandlung gegen fischereiliche Vorschriften begehen,

die gefangenen Fische und die Fanggeräte abzunehmen. Er ist ferner berechtigt, Grundstücke zu betreten und, soweit anderweitige Bestimmungen nicht entgegenstehen, Gewässer zu befahren. Die Fischereiaufseher haben bei der Ausübung der Fischereiaufsicht die Stellung von Polizeibeamten im Sinne des Polizeigesetzes. Die Befugnisse des Polizeivollzugsdienstes bleiben unberührt.

(5) Der ehrenamtliche Fischereiaufseher hat die abgenommenen Fische und Fanggeräte unverzüglich einer Polizeidienststelle zu übergeben.

Achter Abschnitt

Ordnungswidrigkeiten

§ 51

- (1) Ordnungswidrig handelt, wer vorsätzlich oder fahrlässig
 1. entgegen § 8 Abs. 4 Satz 2 die Veräußerung nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
 2. entgegen § 12 Abs. 2 feststehende Fischereivorrichtungen neu errichtet oder vergrößert,
 3. entgegen den Festsetzungen im Bewirtschaftungsplan die Fischerei ausübt oder die Festsetzungen im Bewirtschaftungsplan nicht erfüllt (§ 13 Abs. 2),
 4. entgegen § 13 Abs. 3 Satz 1 ohne Zustimmung der Eigentümer oder Nutzungsberechtigten die Fischerei in Gewässern oder Gewässerstrecken, die sich innerhalb von Gebäuden, Hofräumen, gewerblichen Anlagen sowie eingefriedeten Grundstücken einschließlich der Grund-

- stücke, bei denen die Einfriedung des Ufers fehlt, befinden, ausübt,
5. als Fischereiberechtigter seiner Verpflichtung zur Hege nach § 14 Abs.1 oder als Pächter, dem die Hegepflicht im Pachtvertrag ganz übertragen wurde, nach § 14 Abs.3 Satz 1 nicht oder nicht ordnungsgemäß nachkommt,
 6. entgegen § 14 Abs.2 Satz 1 Fische ohne Erlaubnis der Fischereibehörde einsetzt,
 7. entgegen § 15 Abs.1 Satz 2 auf überfluteten Grundstücken fischt,
 8. entgegen § 15 Abs.2 Maßnahmen trifft, die die Rückkehr der Fische in ein Gewässer oder das Fischen auf den überfluteten Grundstücken erschweren oder verhindern,
 9. entgegen § 16 Abs.3 Satz 1 und 2 Büsche, Sträucher oder Äste zurückschneidet,
 10. entgegen § 19 Abs.1 Satz 1 als Verpächter Abschluß, Änderung, Kündigung und Erlöschen eines Pachtvertrags im Sinne von § 18 Abs.2 nicht oder nicht rechtzeitig anzeigt,
 11. entgegen § 19 Abs.1 Satz 2 und 3 als Pächter die Fischerei ausübt,
 12. entgegen § 19 Abs.6 als Fischereiberechtigter oder Pächter vollziehbaren Anordnungen der Fischereibehörde oder der Fischereigenossenschaft nicht Folge leistet,
 13. entgegen § 21 Abs.4 die Fischerei ausübt, ohne den Erlaubnisschein bei sich zu führen,
 14. entgegen den Festsetzungen im Bewirtschaftungsplan die Höchstzahl der zulässigen Abschlüsse von Pacht- und Erlaubnisverträgen überschreitet (§ 30 Abs.1 Nr.4),
 15. entgegen § 31 Abs.1 die Fischerei ausübt, ohne den Fischereischein bei sich zu führen,
 16. entgegen § 32 die Fischerei ausübt, ohne den Jugendfischereischein bei sich zu führen oder ohne unter Aufsicht eines mindestens achtzehn Jahre alten Inhabers eines Fischereischeins zu stehen,
 17. entgegen § 37 Abs.1 Satz 1 oder Abs.2 einen Erlaubnisschein ausstellt, der nicht die nach diesen Vorschriften erforderlichen Mindestangaben enthält oder den durch Rechtsverordnung des Ministeriums bestimmten Mustern nicht entspricht,
 18. entgegen § 37 Abs.2 und 3 die Listen über die Ausgabe der Erlaubnisscheine nicht oder nicht vollständig führt oder auf Verlangen nicht vorlegt,
 19. entgegen § 38 Abs.1 den Fischfang mit verbotenen Mitteln oder durch Reißen ausübt,
 20. entgegen § 39 Abs.1 keine Vorrichtungen anbringt oder unterhält, die das Eindringen der Fische verhindern,
 21. entgegen § 40 Abs.1 keine Fischwege anlegt, betreibt oder unterhält,
 22. entgegen § 42 Abs.1 und 2 ein Gewässer durch ständige Fischereivorrichtungen auf mehr als die halbe Breite versperrt oder ständige Fischereivorrichtungen während der Schonzeit nicht beseitigt oder abstellt,
 23. verbotswidrig in Schonbezirken im Sinne von § 43 Abs.6 Satz 1 fischt,
 24. entgegen § 45 Fanggeräte und sonstige Fangmittel fangfertig oder unerlaubte Fanggeräte und sonstige Fangmittel mitführt,
 25. entgegen § 46 Fischsterben nicht anzeigt,
 26. entgegen § 50 Abs.3 Satz 1 seine Personalien nicht, nicht richtig oder nicht vollständig angibt, den Fischereischein, Jugendfischereischein oder Erlaubnisschein nicht zur Prüfung aushändigt, die mitgeführten Fanggeräte, die Fische und Fanggeräte in Fischereifahrzeugen sowie die Fischbehälter nicht vorzeigt sowie als Führer von Wasserfahrzeugen, von denen aus Fischfang betrieben wird, den Anordnungen der Fischereiaufsicher nach § 50 Abs.3 Satz 2 nicht Folge leistet,
 27. einer Rechtsverordnung nach § 38 Abs.3, § 43 Abs.1, § 44 Abs.1 und § 47 Abs.1 zuwiderhandelt, soweit sie für einen bestimmten Tatbestand auf diese Bußgeldvorschrift verweist.
- (2) Die Ordnungswidrigkeit kann mit einer Geldbuße bis zu 10000 DM geahndet werden.
- (3) Fischereigeräte und Fangmittel, die zur Vorbereitung oder Begehung von Ordnungswidrigkeiten gemäß Absatz 1 benutzt worden sind oder Fische, die durch eine solche Ordnungswidrigkeit erlangt worden sind, können eingezogen werden. § 23 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten ist anzuwenden.
- (4) Verwaltungsbehörden im Sinne von § 36 Abs.1 Nr.1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten sind
1. für Ordnungswidrigkeiten im Sinne von Absatz 1 Nrn. 4, 7 bis 9, Nrn. 13 bis 18, 23 bis 26 und Nr. 27, soweit dies in der Rechtsverordnung besonders bestimmt ist,
 - a) die Gemeinden soweit in Buchstabe b) nichts anderes bestimmt ist,
 - b) die Verwaltungsgemeinschaften,
 2. im übrigen die Fischereibehörden.

Neunter Abschnitt Übergangs- und Schlußvorschriften

§ 52

Auflösung bestehender Fischereigenossenschaften

- (1) Bestehende Fischereigenossenschaften sind aufgelöst. Sie gelten nach ihrer Auflösung jedoch als fortbestehend, soweit der Zweck der Abwicklung es erfordert.

(2) Die Abwicklung erfolgt durch das für die laufende Verwaltung zuständige Organ der aufgelösten Fischereigenossenschaft. Soweit das Organ des Satzes 1 nicht vorhanden ist, bestellt die Fischereibehörde einen Abwickler. Die Generalversammlung (Mitgliederversammlung) beschließt innerhalb eines Jahres nach der Auflösung der Fischereigenossenschaft über die Verwendung des verbleibenden Vermögens. Wird innerhalb dieser Frist kein Beschluß getroffen, ist das Vermögen entsprechend dem Wert der Fischereirechte der Mitglieder an diese auszuzahlen.

(3) Die Fischereibehörde kann die Frist des Absatzes 2 Satz 3 verlängern, wenn der Abschluß der Abwicklung aus zwingenden Gründen innerhalb der Frist nicht möglich ist.

§ 53

Bestehende Pacht- und Erlaubnisverträge

Für Pacht- und Erlaubnisverträge, die vor Verkündung dieses Gesetzes abgeschlossen sind, finden die §§ 18 bis 21 nur für deren Änderung, Kündigung und Erlöschen Anwendung. Soweit sie unbefristet oder für eine längere Dauer abgeschlossen sind, erlöschen die Pachtverträge spätestens zwölf Jahre, die Erlaubnisverträge spätestens drei Jahre nach Inkrafttreten dieses Gesetzes. Eine Verlängerung der Verträge ist unzulässig.

§ 54

Verwaltungsvorschriften

Das Ministerium erläßt die zur Durchführung dieses Gesetzes erforderlichen Verwaltungsvorschriften.

§ 55

Änderung bestehender Vorschriften

(1) Das Wassergesetz für Baden-Württemberg in der Fassung vom 26. April 1976 (GBl. S. 369), geändert durch das Gesetz zur Aufhebung des Gesetzes über die Organisation der Abwasserreinigung vom 12. Dezember 1978 (GBl. S. 610), wird wie folgt geändert:

1. In § 4 Abs. 6 werden die Worte »und § 3 Abs. 2« gestrichen.
2. § 35 wird folgender Satz 2 angefügt:
»Abgesehen von Notfällen ist das Ablassen des Gewässers dem Fischereiberechtigten oder, falls das Fischereirecht verpachtet ist, dessen Pächter mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen.«
3. § 61 wird wie folgt geändert:
 - a) Absatz 2 erhält folgende Fassung:
»(2) Abgesehen von Notfällen sind Unterhaltungsmaßnahmen, durch die die Fischerei erheblich beein-

trächtigt wird, dem Fischereiberechtigten oder, falls das Fischereirecht verpachtet ist, dessen Pächter mindestens zwei Wochen vorher schriftlich anzuzeigen. Auf Antrag eines Beteiligten entscheidet die Wasserbehörde im Einvernehmen mit der Fischereibehörde über Zeitpunkt und Umfang der Unterhaltungsarbeiten.«

b) Es wird folgender Absatz 3 angefügt:

»(3) Die Fischereiausübungsberechtigten haben zu dulden, daß die Ausübung der Fischerei vorübergehend behindert oder unterbrochen wird, soweit dies zur ordnungsgemäßen Unterhaltung des Gewässers erforderlich ist. Entstehen durch die Unterhaltungsarbeiten für die Fischerei erhebliche dauernde oder unverhältnismäßig große einmalige Beeinträchtigungen, so hat der Träger der Unterhaltungslast eine angemessene Entschädigung zu leisten.«

4. § 64 Abs. 5 wird aufgehoben.

5. In § 76 Abs. 1 Satz 1 werden hinter den Worten »oder die Schifffahrt« die Worte »oder die Fischerei« eingefügt.

(2) In § 16 Nr. 20 des Landesverwaltungsgesetzes in der Fassung vom 1. April 1976 (GBl. S. 325) werden die Worte »sowie die Fischerei im Bodensee und im Rhein« gestrichen.

§ 56

Aufhebung bestehender Vorschriften

(1) Rechtsvorschriften, die diesem Gesetz oder den auf Grund dieses Gesetzes erlassenen Vorschriften entsprechen oder widersprechen, treten außer Kraft. Insbesondere treten, soweit sie bisher noch in Geltung sind, außer Kraft:

1. Recht des früheren Landes Baden:
 - a) Gesetz, das Recht zur Fischerei, die Ausübung derselben und die Entschädigung der vormaligen Berechtigten betreffend vom 29. März 1852 (Reg. Bl. S. 111), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 29. März 1890 (GVBl. S. 143),
 - b) Gesetz, die Ausübung und den Schutz der Fischerei betreffend vom 3. März 1870 (GVBl. S. 225), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. April 1970 (GBl. S. 124),
 - c) Gesetz, das Recht zur Ausübung der Fischerei betreffend vom 29. März 1890 (GVBl. S. 143),
 - d) Bekanntmachung, die Anwendung gleichartiger Bestimmungen für die Fischerei im Bodensee betreffend vom 10. Juli 1895 (GVBl. S. 175),
 - e) Landesfischereiordnung vom 3. Februar 1888 (GVBl. S. 13), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. Mai 1959 (GBl. S. 50),

- f) Verordnung, die Ausübung und den Schutz der Fischerei im Bodensee (Obersee) betreffend vom 4. Dezember 1897 (GVBl. S. 315), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 13. Juni 1938 (GVBl. S. 50),
- g) Perlfischereiverordnung vom 3. Februar 1888 (GVBl. S. 45),
- h) Verordnung, die Ausübung der Fischerei im Neckar betreffend vom 19. Januar 1890 (GVBl. S. 118),
- i) Verordnung über die Ankerkuilenschifferei vom 18. August 1915 (GVBl. S. 249),
- k) Verordnung betreffend die Bestimmungen über die Erteilung von Erlaubnisscheinen zur Ausübung der Hochseefischerei im Bodensee und zur Verwendung von Motorbooten vom 28. Dezember 1928 (GVBl. 1929 S. 1),
- l) Bekanntmachung betreffend Bestimmungen über die Erteilung von Erlaubnisscheinen für die Verwendung des Trappnetzes zur Fischerei im Bodensee (Obersee) vom 28. Dezember 1928 (GVBl. 1929 S. 5);
2. Recht des früheren Landes Württemberg:
- a) Gesetz über die Fischerei vom 27. November 1865 (Reg. Bl. S. 499), zuletzt geändert durch Gesetz vom 25. Juli 1969 (GBl. S. 153),
- b) Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen betreffend die Ausübung der Fischerei vom 1. Juni 1894 (Reg. Bl. S. 135), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 16. Mai 1959 (GBl. S. 50),
- c) Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen betreffend die Kontrolle des Verkaufs und Versands der erlaubterweise während der Schonzeit im Bodensee gefangenen Fische vom 3. Oktober 1895 (Reg. Bl. S. 294),
- d) Verfügung der Ministerien des Innern und der Finanzen betreffend die Ausübung der Fischerei vom 7. Oktober 1898 (Reg. Bl. S. 262), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 11. Mai 1940 (Reg. Bl. S. 48),
- e) Verordnung betreffend die Ausübung der Fischerei im Bodensee an Sonn- und Festtagen vom 9. Juni 1905 (Reg. Bl. S. 92),
- f) Verordnung des Wirtschaftsministeriums über die Ausübung der Fischerei in Fischwegen und deren Umgebung vom 1. Dezember 1934 (Reg. Bl. S. 307),
- g) Artikel 232 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch und zu anderen Reichsjustizgesetzen (AGBGB) vom 29. Dezember 1931 (Reg. Bl. S. 545), zuletzt geändert durch das Baden-Württembergische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Ba. Wü. AGBGB) vom 26. November 1974 (GBl. S. 498);
3. Recht der früheren Hohenzollerischen Lande:
- a) Preußisches Fischereigesetz vom 11. Mai 1916 (GS. S. 55), zuletzt geändert durch das Gesetz vom 7. April 1970 (GBl. S. 124),
- b) Verordnung über das Inkrafttreten des Fischereigesetzes vom 11. Mai 1916, vom 27. März 1917 (GS. S. 50),
- c) Gesetz über den Erwerb von Fischereiberechtigungen durch den Staat und das Aufgebot von Fischereiberechtigungen vom 2. September 1911 (GS. S. 189), geändert durch das Beurkundungsgesetz vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513),
- d) Bekanntmachung über die Fischerei im Regierungsbezirk Sigmaringen vom 2. April 1917 (Amtsblatt des Regierungsbezirks Sigmaringen S. 105),
- e) Artikel 40 Abs. 1 und 2 des Ausführungsgesetzes zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 20. September 1899 (GS. S. 177), zuletzt geändert durch das Baden-Württembergische Ausführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch (Ba. Wü. AGBGB) vom 26. November 1974 (GBl. S. 498),
- f) Gesetz über die Sicherung der Bewirtschaftung von Fischereigewässern vom 18. Juli 1919 (GS. S. 140), geändert durch das Anpassungsgesetz vom 15. Dezember 1933 (GS. S. 479),
4. Gesetz über den Fischereischein vom 19. April 1939 (RGBl. I S. 795),
5. Erste Verordnung zur Durchführung und Ergänzung des Gesetzes über den Fischereischein vom 21. April 1939 (RGBl. I S. 816), geändert durch die Verordnung vom 16. August 1941 (RGBl. I S. 510),
6. Gesetz über die Einführung einer Fischereiabgabe vom 3. Februar 1970 (GBl. S. 21),
7. Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausübung des elektrischen Fischfangs vom 30. November 1960 (GBl. S. 191), geändert durch die Verordnung vom 13. Oktober 1961 (GBl. S. 340),
8. Polizeiverordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Ausübung der Fischerei vom 18. Dezember 1962 (GBl. 1963 S. 8) und die auf Grund dieser Verordnung ergangenen Polizeiverordnungen,
9. Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Ausübung der Fischerei im Bodensee vom 23. März 1967 (GBl. S. 49), zuletzt geändert durch die Verordnung vom 6. April 1978 (GBl. S. 186),
10. Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Weinbau und Forsten über die Ausübung

des Fischfangs zur Nachtzeit vom 13. Mai 1968 (GBl. S. 205),

(2) Unberührt bleibt die Verordnung des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten über die Ausübung der Fischerei in den Stauhaltungen des Rheins beim Kraftwerk Rheinau vom 13. April 1959 (GBl. S. 45), geändert durch die Verordnung vom 6. April 1971 (GBl. S. 157).

§ 57

Inkrafttreten

Dieses Gesetz tritt am 1. Januar 1981 in Kraft. Die §§ 17 bis 21 und Vorschriften, die zum Erlaß von Rechtsverordnungen ermächtigen, treten am Tage nach der Verkündung, § 52 am 1. Januar 1984 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

STUTTGART, den 14. November 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH	GLEICHAUF	DR. ENGLER
DR. EYRICH	WEISER	GRIESINGER
	MAYER-VORFELDER	

Gesetz zur Änderung des Abgeordnetengesetzes, des Gesetzes über die Entschädigung der Abgeordneten und des Landesrichtergesetzes

Vom 14. November 1979

Der Landtag hat am 25. Oktober 1979 das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Änderung des Abgeordnetengesetzes

Das Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Landtags vom 12. September 1978 (GBl. S. 473) wird wie folgt geändert:

1. § 6 Abs. 5 erhält folgende Fassung:

»(5) Eine monatliche Aufwandsentschädigung erhalten der Präsident in Höhe von 1200 Deutsche Mark, die stellvertretenden Präsidenten in Höhe von 600 Deutsche Mark, die Fraktionsvorsitzenden in Höhe von 1000 Deutsche Mark, die Ausschußvorsitzenden und der stellvertretende Vorsitzende des Petitionsausschusses in Höhe von 500 Deutsche Mark.

Nimmt ein Abgeordneter mehrere Funktionen nach Satz 1 wahr, so wird nur die höhere Aufwandsentschädigung gewährt.«

2. § 7 Abs. 4 Satz 1 erhält folgende Fassung:

»Ein Abzug nach Absatz 1 bis 3 findet nicht statt, wenn ein Abgeordneter zur gleichen Zeit an einer anderen präsenzpflichtigen Sitzung teilnimmt, eine Dienstreise im Sinne des § 9 unternimmt oder für den Landtag eine Veranstaltung wahrnimmt.«

3. § 10 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 2 Satz 3 erhält folgende Fassung:

»Angerechnet werden auch das Übergangsgeld und die Altersentschädigung, die der Berechtigte als ehemaliger Abgeordneter des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes erhält.«

b) Absatz 4 Satz 2 erhält folgende Fassung:

»Der Anspruch ruht auch, solange der ehemalige Abgeordnete Entschädigung als Abgeordneter des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes bezieht.«

4. § 21 wird wie folgt geändert:

a) An Absatz 2 wird folgender Satz angefügt:

»Werden Versorgungsbezüge aus einer Verwendung im öffentlichen Dienst des Bundes oder einer bundesunmittelbaren Körperschaft, Anstalt oder Stiftung des öffentlichen Rechts neben der Entschädigung nach § 5 gewährt, so ruht die Entschädigung um den Betrag, um welchen nach Satz 1 die Versorgungsbezüge ruhen würden.«

b) Absatz 5 erhält folgende Fassung:

»(5) Für die Zeit, für die der Abgeordnete eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments oder des Deutschen Bundestags erhält, wird die Entschädigung nach § 5 nicht gewährt.«

c) Absatz 6 Satz 1 erhält folgende Fassung:

»Bezieht ein ehemaliger Abgeordneter Versorgungsbezüge nach diesem Gesetz und eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Deutschen Bundestages oder als Abgeordneter in einer gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes, so ruht der Versorgungsanspruch nach diesem Gesetz bis zur Höhe des Betrags der Entschädigung, die er als Abgeordneter des anderen Parlaments erhält.«

5. § 26 Abs. 2 wird wie folgt gefaßt:

»(2) Für die in den Landtag gewählten Richter gelten die §§ 27 bis 29 und § 31 entsprechend.«

6. An § 27 Abs. 2 wird folgender Satz angefügt:

»Der Ausgleichsbetrag wird auch einem Abgeordneten gewährt, dessen Rechte und Pflichten aus einem Dienstverhältnis nach den gesetzlichen Bestimmungen des Bundes oder eines anderen Landes ruhen.«

7. In § 31 Satz 1 werden das Komma und die folgenden Worte »in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes« gestrichen.

8. § 32 erhält folgende Fassung:

»§ 32

Beamte auf Zeit

(1) Die Rechte und Pflichten aus dem Dienstverhältnis eines Beamten auf Zeit ruhen längstens bis zum Ablauf der Amtszeit.

(2) Fällt bei einem Beamten auf Zeit der Ablauf der Amtszeit auf einen Zeitpunkt nach dem Ausscheiden aus dem Landtag, so gilt die Amtszeit zu diesem Zeitpunkt insgesamt als abgeleistet. Kehrt der Beamte auf Zeit in der Zeit zwischen dem Ausscheiden aus dem Landtag und dem Ablauf seiner Amtszeit in ein Beamtenverhältnis zurück, so kann die Dienstzeit nur einmal berücksichtigt werden.

(3) § 28 gilt nicht für Beamte auf Zeit.

(4) Die Absätze 1 bis 3 gelten sinngemäß für einen in den Deutschen Bundestag gewählten Wahlbeamten auf Zeit.«

9. § 33 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift lautet:

»Angestellte des öffentlichen Dienstes, Bedienstete in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes.«

b) Der bisherige Wortlaut des § 33 wird Absatz 1. In Satz 1 wird nach der Zahl »31« eingefügt: »und 32 Abs. 1 bis 3.«

c) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

»(2) § 15 Abs. 3, § 27 Abs. 1, 3 und 4 sowie §§ 28, 29, 31 und 32 Abs. 1 bis 3 gelten auch für Beamte, die der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes angehören, sofern das Amt kraft Gesetzes mit dem Mandat in dem anderen Lande unvereinbar ist. § 15 Abs. 3, § 27 Abs. 1 sowie §§ 28, 29 und 31 gelten auch für Richter, die der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes angehören. Absatz 1 Satz 2, § 15 Abs. 3 sowie § 27 Abs. 1, §§ 28, 29, 31 und 32 Abs. 1 bis 3 gelten für Angestellte des öffentlichen Dienstes sinngemäß, die der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes angehören, sofern das Beschäftigungsverhältnis kraft Gesetzes mit dem Mandat in dem anderen Lande unvereinbar ist.«

10. § 37 wird wie folgt geändert:

a) Die Überschrift lautet:

»Angehörige des öffentlichen Dienstes, Bedienstete in der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes«

b) Der bisherige Wortlaut des § 37 wird Absatz 1.

c) Es wird folgender Absatz 2 angefügt:

»(2) Die Rechtsstellung der Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die der gesetzgebenden Körperschaft eines anderen Landes angehören und deren Rechte und Pflichten aus dem Dienst- oder Beschäftigungsverhältnis nicht ruhen, richtet sich nach den für vergleichbare Bedienstete dieses Landes geltenden Vorschriften. In Ermangelung solcher Vorschriften sind Absatz 1 Satz 2 sowie die §§ 34 und 35 anzuwenden.«

11. § 39 Abs. 3 Satz 1 erhält folgende Fassung:

»(3) Die nach dem Gesetz über die Entschädigung der Abgeordneten geleisteten eigenen Beiträge zur Alters- und Hinterbliebenenversorgung werden auf Antrag zinslos erstattet.«

12. An § 46 Abs. 1 wird folgender Satz 2 angefügt:

»Es findet nur Anwendung auf Abgeordnete, die in den 8. oder einen folgenden Landtag gewählt sind.«

Artikel 2

*Änderung des Gesetzes
über die Entschädigung der Abgeordneten*

Das Gesetz über die Entschädigung der Abgeordneten in der Fassung vom 6. Oktober 1970 (GBl. S. 459), zuletzt geändert durch § 46 des Abgeordnetengesetzes vom 12. September 1978 (GBl. S. 473), wird wie folgt geändert:

1. § 8 wird wie folgt geändert:

a) Absatz 1 Satz 5 erhält folgende Fassung:

»Sie ruht, wenn der Berechtigte zum Abgeordneten des Europäischen Parlaments, des Bundestages oder eines Landtages gewählt wird, vom Zeitpunkt des Eintritts in das Europäische Parlament, in den Bundestag oder Landtag an für die Dauer der Mitgliedschaft.«

b) An Absatz 2 werden folgende Sätze angefügt:

»In diesem Falle ist der Betrag, der nach Absatz 1 Satz 5 bei monatlicher Zahlung ruhen würde, zu erstatten. Der Präsident bestimmt, in welchen Teilbeträgen zu erstatten ist.«

2. § 9 Abs. 7 Satz 2 erhält folgende Fassung:

»Der Anspruch auf Altersrente ruht ferner während der Zeit, für die nach § 8 Abs. 1 und 2 Aufwandsentschädigung gezahlt oder eine Entschädigung als Mitglied des Europäischen Parlaments, des Bundestages oder eines anderen Landesparlaments gewährt wird.«

3. § 15 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

»(1) Scheidet ein Mitglied aus dem Landtag aus, so erhält es auf Antrag die erbrachten Eigenleistungen ohne Zinsen zurückerstattet. In diesem Falle sind Ansprüche nach §§ 9 bis 11 ausgeschlossen.«

Artikel 3

Änderung des Landesrichtergesetzes

Das Landesrichtergesetz in der Fassung vom 19. Juli 1972 (GBl. S. 432), zuletzt geändert durch Artikel V, § 2 des Landesbesoldungsanpassungsgesetzes vom 3. April 1979 (GBl. S. 134), wird wie folgt geändert:

§ 10 Abs. 1 wird gestrichen. Der bisherige Absatz 2 wird einziger Absatz des § 10.

Artikel 4

Inkrafttreten

(1) Dieses Gesetz tritt unbeschadet der Absätze 2 bis 4 mit dem Beginn der auf die Verkündung des Gesetzes folgenden Wahlperiode des Landtags in Kraft.

(2) Für die in den 8. Landtag gewählten Bewerber, die nicht dem 7. Landtag angehören, tritt dieses Gesetz mit dem Tage der Annahme der Wahl in Kraft.

(3) Artikel 1 Nr. 2 und Artikel 2 treten am ersten Tage des auf die Verkündung dieses Gesetzes folgenden Monats in Kraft.

(4) Für die Angehörigen des öffentlichen Dienstes, die dem Bundestag angehören oder nach dem 1. Juni 1978 in die gesetzgebende Körperschaft eines anderen Landes gewählt sind oder gewählt werden, tritt das Abgeordnetengesetz in der Fassung dieses Gesetzes am Tage nach der Verkündung dieses Gesetzes in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

STUTTGART, den 14. November 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH GLEICHAUF DR. ENGLER
 DR. EYRICH WEISER GRIESINGER
 MAYER-VORFELDER

Gesetz über die Feststellung eines Zweiten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan von Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1979

Vom 14. November 1979

Der Landtag hat am 24. Oktober 1979 das folgende Gesetz beschlossen:

§ 1

(1) Im Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1979 (Anlage zum Staatshaushaltsgesetz 1979 vom 19. Dezember 1978, GBl. S. 610 in der Fassung von Artikel V, 1. Abschnitt, § 18 des Landesbesoldungsanpassungsgesetzes vom 3. April 1979, GBl. S. 134/157) in der Fassung des Ersten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für das Haushaltsjahr 1979 (Anlage zum Gesetz über die Feststellung eines Ersten Nachtrags zum Staatshaushaltsplan für 1979 vom 24. Juli 1979, GBl. S. 295) treten hinzu oder fallen weg:

EINZELPLAN	EINNAHMEN DM	AUSGABEN DM
09 Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung	-	+ 18 000 000
12 Allgemeine Finanzverwaltung	+ 18 000 000	-
zusammen	+ 18 000 000	+ 18 000 000

(2) Unter Berücksichtigung dieser Änderungen wird der Staatshaushaltsplan des Landes Baden-Württemberg für das Haushaltsjahr 1979 in Einnahme und Ausgabe auf 28 014 536 100 DM festgestellt.

§ 2

Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 1979 in Kraft.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

STUTTGART, DEN 14. NOVEMBER 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH GLEICHAUF DR. ENGLER
 DR. EYRICH WEISER GRIESINGER
 MAYER-VORFELDER

Anlage zum Zweiten Nachtragsgesetz für das Haushaltsjahr 1979

Gesamtplan**1. Haushaltsübersicht für das Haushaltsjahr 1979 in der Fassung des Zweiten Nachtrags**

Epl.	Bezeichnung	Steuern und steuerähnliche Abgaben	Verwaltungseinnahmen	Übrige Einnahmen	Gesamteinnahmen	Personalausgaben
		DM	DM	DM	DM	DM
01	Landtag	—	1 136 700	—	1 136 700	17 862 000
02	Staatsministerium	—	3 459 300	1 709 800	5 169 100	21 241 500
03	Innenministerium	—	105 597 300	650 394 900	755 992 200	1 261 536 700
04	Ministerium für Kultus und Sport	—	10 303 300	23 802 200	34 105 500	4 089 312 700
14	Ministerium für Wissenschaft und Kunst	—	524 204 700	149 699 000	673 903 700	1 788 383 000
05	Justizministerium	—	420 252 200	9 692 800	429 945 000	663 714 000
06	Finanzministerium	—	98 297 500	123 407 500	221 705 000	824 353 100
07	Ministerium für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr	—	19 824 700	293 936 400	313 761 100	251 917 600
08	Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt	6 330 000	255 979 700	340 582 900	602 892 600	555 580 800
09	Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozialordnung	—	16 614 500	419 707 900	436 322 400	208 764 400
11	Rechnungshof	—	1 000	—	1 000	6 749 200
12	Allgemeine Finanzverwaltung	18 803 230 000	245 977 000	5 490 394 800	24 539 601 800	1 707 810 000
	Summe	18 809 560 000	1 701 647 900	7 503 328 200	28 014 536 100	11 397 225 000

Gesamtplan

Sächliche Verwaltungs- ausgaben; Schuldendienst DM	Zuweisungen und Zuschüsse (ohne Investitionen) DM	Ausgaben für Investitionen DM	Besondere Finanzierungs- ausgaben DM	Gesamt- ausgaben DM	Überschuß (+) Zuschuß (-) DM	Verpflich- tungsermäch- tigungen DM	Epl.
3 560 200	9 703 300	233 900	-	31 359 400	- 30 222 700	-	01
10 405 100	2 503 300	635 400	-	34 785 300	- 29 616 200	-	02
188 448 900	577 170 500	927 494 200	-	2 954 650 300	-2 198 658 100	449 951 000	03
46 008 300	481 495 400	529 166 400	80 000	5 146 062 800	-5 111 957 300	295 490 000	04
481 804 800	312 917 200	170 972 300	1 136 900	2 755 214 200	-2 081 310 500	29 669 700	14
159 717 200	171 109 400	10 443 000	942 500	1 005 926 100	- 575 981 100	-	05
128 131 800	28 252 900	18 944 600	9 198 600	1 008 881 000	- 787 176 000	11 987 500	06
99 695 100	400 971 100	1 004 957 100	600 000	1 758 140 900	- 1 444 379 800	323 830 000	07
112 094 500	156 864 400	797 397 900	- 25 266 000	1 596 671 600	- 993 779 000	649 697 000	08
49 254 700	991 967 600	524 244 300	520 000	1 774 751 000	-1 338 428 600	319 900 000	09
349 300	-	-	-	7 098 500	- 7 097 500	-	11
2 170 088 000	5 512 890 800	785 630 200	- 235 424 000	9 940 995 000	+14 598 606 800	671 910 900	12
3 449 557 900	8 645 845 900	4 770 119 300	- 248 212 000	28 014 536 100		- 2 752 436 100	

Gesamtplan**2. Finanzierungsübersicht für das Haushaltsjahr 1979
in der Fassung des Zweiten Nachtrags**

<i>Einnahmen</i>	Millionen DM
Gesamteinnahmen	28014,5
ab: Einnahmen aus Krediten vom Kreditmarkt	3886,5
Entnahmen aus Rücklagen, Fonds und Stöcken	-
Einnahmen aus Überschüssen	133,0
Netto-Einnahmen	23995,0
<i>Ausgaben</i>	
Gesamtausgaben	28014,5
ab: Ausgaben zur Schuldentilgung am Kreditmarkt	898,8
Zuführungen an Rücklagen, Fonds und Stöcke	-
Deckung von Fehlbeträgen	-
Netto-Ausgaben	27115,7
<i>Finanzierungssaldo</i>	<i>- 3120,7</i>

**3. Kreditfinanzierungsplan für das Haushaltsjahr 1979
in der Fassung des Zweiten Nachtrags**

<i>Einnahmen aus Krediten</i>	Millionen DM
Kredite des Bundes und des Lastenausgleichsfonds	121,2
Kreditaufnahmen am Kapitalmarkt einschließlich Krediten aus öffentlichen Sondermitteln	3886,5
Summe	4007,7
<i>Ausgaben zur Schuldentilgung</i>	
Tilgung von Krediten des Bundes und des Lastenausgleichsfonds	46,8
Tilgung von Kreditmarktschulden einschließlich Schulden aus öffentlichen Sondermitteln	898,7
Tilgung von Auslandsschulden	0,1
Summe	945,6
<i>Netto-Kreditaufnahme</i>	<i>3062,1</i>
davon am Kapitalmarkt	2987,7

**Verordnung der Landesregierung zur
Änderung der Verordnung über die Erhebung,
Festsetzung und Beitreibung der Abgabe für
den Stabilisierungsfonds für Wein**

Vom 2. Oktober 1979

Auf Grund von § 16 Abs. 2 des Gesetzes über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft (Weinwirtschaftsgesetz)

in der Fassung vom 10. März 1977 (BGBl. I S. 454) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung der Landesregierung über die Erhebung, Festsetzung und Beitreibung der Abgabe für den Stabilisierungsfonds für Wein vom 16. Juli 1963 (GBl. S. 121), geändert durch Verordnung vom 26. Juni 1973 (GBl. S. 209), wird wie folgt geändert:

In § 6 wird die Zahl »1,50« durch die Zahl »2,50« ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 1. Januar 1980 in Kraft.

STUTTGART, den 2. Oktober 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH	GLEICHAUF	DR. PALM
DR. HERZOG	DR. ENGLER	DR. EYRICH
WEISER	GRIESINGER	ADORNO

**Verordnung der Landesregierung
zur Änderung der Verordnung über die
Hygiene im Verkehr mit Lebensmitteln
tierischer Herkunft**

Vom 30. Oktober 1979

Auf Grund von § 10 Abs. 2 Satz 1 in Verbindung mit Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz) vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1945) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung der Landesregierung über die Hygiene im Verkehr mit Lebensmitteln tierischer Herkunft vom 16. Februar 1977 (GBl. S. 53) wird wie folgt geändert:

In § 21 wird das Datum »31. Dezember 1979« durch das Datum »31. Dezember 1982« ersetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

STUTTGART, den 30. Oktober 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH	DR. PALM	DR. HERZOG
DR. EYRICH	DR. EBERLE	GRIESINGER
ADORNO	MAYER-VORFELDER	

Verordnung der Landesregierung zur Änderung der Gutachterausschußverordnung

Vom 23. Oktober 1979

Auf Grund von § 137 Abs. 1 Satz 2 und § 141 des Bundesbaugesetzes in der Fassung vom 18. August 1976 (BGBl. I S. 2257), zuletzt geändert durch Artikel 1 Nr. 27 des Gesetzes zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 6. Juli 1979 (BGBl. I S. 949), wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung der Landesregierung über die Gutachterausschüsse, Kaufpreissammlungen und Bodenrichtwerte nach dem Bundesbaugesetz (GutachterausschußVO) vom 30. Mai 1978 (GBl. S. 314) wird wie folgt geändert:

§ 1 Abs. 1 erhält folgende Fassung:

»(1) Die selbständigen Gutachterausschüsse für die Ermittlung von Grundstückswerten sind bei den Gemeinden zu bilden. Die Gemeinden können die Aufgabe nach den Vorschriften der Gemeindeordnung auf die Verwaltungsgemeinschaften übertragen.«

Artikel 2

Schon vor dem Übergang der Zuständigkeit können die Gebührensatzungen erlassen, die für eine Übertragung der Aufgaben auf die Verwaltungsgemeinschaften notwendigen Regelungen getroffen und die Gutachter bestellt werden.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft mit Ausnahme von Artikel 1, der am 1. Februar 1980 in Kraft tritt.

STUTTGART, den 23. Oktober 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH	GLEICHAUF	DR. PALM
DR. HERZOG	DR. ENGLER	DR. EYRICH
DR. EBERLE	WEISER	GRIESINGER
MAYER-VORFELDER		

Bekanntmachung über die Errichtung der Stiftung »Humanismus heute«

Die Landesregierung von Baden-Württemberg hat am 18. September 1979 folgenden Beschluß gefaßt:

1. Das Land Baden-Württemberg errichtet hiermit die rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts »Humanismus heute« mit dem Sitz in Stuttgart.
2. Die Stiftung hat den Zweck, das kulturelle Erbe der Antike zu pflegen und die humanistische Bildung zu fördern.

3. Die Stiftung erhält die anliegende Satzung.
4. Dieser Beschluß der Landesregierung ist im Gesetzblatt des Landes Baden-Württemberg und im Staatsanzeiger zu veröffentlichen und tritt am Tage nach der Veröffentlichung in Kraft.

STUTTGART, den 18. September 1979

Die Regierung des Landes Baden-Württemberg:

SPÄTH	GLEICHAUF	DR. ENGLER
DR. EYRICH	WEISER	GRIESINGER
MAYER-VORFELDER		

SATZUNG DER STIFTUNG »HUMANISMUS HEUTE«

I. Allgemeine Bestimmungen

§ 1

Errichtung, Rechtsform, Name und Sitz

Das Land Baden-Württemberg errichtet eine rechtsfähige Stiftung des öffentlichen Rechts mit dem Namen »Humanismus heute«. Die Stiftung hat ihren Sitz in Stuttgart.

§ 2

Stiftungszweck

Die Stiftung hat die Aufgabe, das kulturelle Erbe der Antike zu pflegen und die humanistische Bildung zu fördern. Zu diesem Zweck kann sie beispielsweise:

1. neue Methoden des Unterrichts in den alten Sprachen fördern,
2. Aufführungen antiker Dramen oder anderer, auf die Antike zurückgreifender Stücke unterstützen,
3. Zuschüsse zum Druck von Arbeiten geben, die humanistischen Studien oder dem altsprachlichen Unterricht gewidmet sind,
4. Bemühungen und Veranstaltungen unterstützen, die Persönlichkeiten gelten, welche sich um den Humanismus in Baden-Württemberg verdient gemacht haben,
5. den Teilnehmern an altsprachlichen Leistungskursen der Gymnasien Zuschüsse für Reisen zu klassischen Stätten gewähren,
6. Preise für die besten Leistungen vergeben, die in Baden-Württemberg in den altsprachlichen Leistungskursen der Gymnasien erbracht werden.

§ 3

Gemeinnützigkeit

(1) Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnittes »Steuerbegünstigte Zwecke« der Abgabenordnung. Sie ist selbstlos tätig.

(2) Mittel der Stiftung dürfen nur für die satzungsmäßigen Zwecke verwendet werden. Es dürfen keine Personen durch Ausgaben, die dem Stiftungszweck fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(3) Die Tätigkeit der Mitglieder der Stiftungsorgane und der Beiräte ist ehrenamtlich. Für ihre Aufwendungen erhalten die Mitglieder einen angemessenen Ersatz nach den einschlägigen Richtlinien des Landes Baden-Württemberg.

§ 4

Stiftungsvermögen

(1) Das Stiftungsvermögen besteht aus den Zuwendungen des Landes Baden-Württemberg oder Dritter.

(2) Es ist zulässig, Stiftungsvermögen in einem Umfang anzusammeln, der es erlaubt, den Betrieb der Stiftung aus den Erträgen zu finanzieren.

(3) Zuwendungen an das Stiftungsvermögen können mit Auflagen verbunden sein.

§ 5

Sicherung des Stiftungsbetriebes

(1) Das Land Baden-Württemberg stellt Zuschüsse für den Stiftungsbetrieb nach Maßgabe des Staatshaushaltsplans zur Verfügung.

(2) Die Stiftung wird sich um Zuwendungen Dritter bemühen.

II. Stiftungsorgane

§ 6

Stiftungsorgane

Die Stiftung hat folgende Organe:

1. den Vorstand,
2. das Kuratorium.

§ 7

Vorstand

(1) Dem Vorstand der Stiftung gehören die Minister des Landes Baden-Württemberg an, die für die Schulen und für die Hochschulen zuständig sind. Die Minister können Vertreter benennen. Außerdem gehört dem Vorstand eine weitere Persönlichkeit an, die von der Regierung des Landes Baden-Württemberg bestellt und abberufen wird. Die Amtszeit des bestellten Mitglieds beträgt 3 Jahre; wiederholte Bestellung ist zulässig.

(2) Der Vorstand leitet die Stiftung. Zur Erledigung der laufenden Geschäfte bestellt der Vorstand ein Mitglied zum Vorsitzenden. Wiederholte Bestellung ist möglich.

(3) Sitzungen des Vorstands finden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Halbjahr statt. Entscheidungen werden mit Stimmenmehrheit getroffen; sie können auch im schriftlichen Verfahren sowie bei Eilbedürftigkeit auf Grund mündlicher Abstimmung ergehen.

(4) Die Stiftung wird durch den Vorsitzenden des Vorstands gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Die Anstellung von Personal bedarf der vorherigen Zustimmung der anderen Vorstandsmitglieder.

(5) Der Vorstand gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 8

Kuratorium

(1) Das Kuratorium besteht aus mindestens 9, höchstens 15 Mitgliedern. Ihm sollen Repräsentanten der Religionsgemeinschaften, der Bereiche Bildungswesen, Kunst, Wirtschaft und Wissenschaft angehören.

(2) Die Mitglieder des Kuratoriums einschließlich seines Vorsitzenden und seines stellvertretenden Vorsitzenden werden vom Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg bestellt und abberufen. Der Vorstand kann hierzu Vorschläge machen. Die Bestellung der Repräsentanten der Religionsgemeinschaften und des Bildungswesens erfolgt im Benehmen mit dem Ministerium für Kultus und Sport. Die Bestellung erfolgt jeweils auf die Dauer von 2 Jahren; mehrfache Bestellung ist möglich.

(3) Das Kuratorium stellt den Haushalts- oder Wirtschaftsplan der Stiftung fest. Es berät und unterstützt den Vorstand bei der Erfüllung der Stiftungsaufgaben. Insbesondere hat das Kuratorium die Aufgabe, Richtlinien für die Tätigkeit der Stiftung aufzustellen und den Bestrebungen der Stiftung in der Öffentlichkeit Gewicht und Rückhalt zu geben.

(4) Das Kuratorium wird gegenüber dem Vorstand durch seinen Vorsitzenden, im Falle seiner Verhinderung durch den stellvertretenden Vorsitzenden vertreten. Sitzungen des Kuratoriums finden nach Bedarf, mindestens jedoch einmal im Halbjahr statt. Das Kuratorium ist beschlußfähig, wenn mindestens zwei Drittel seiner Mitglieder anwesend sind. Entscheidungen werden, soweit nichts anderes bestimmt ist, mit Stimmenmehrheit getroffen; bei Stimmengleichheit gibt die Stimme des Vorsitzenden oder die seines Stellvertreters den Ausschlag.

(5) Das Kuratorium gibt sich eine Geschäftsordnung.

§ 9

Beiräte

(1) Das Kuratorium kann zu seiner Unterstützung und zur Vorbereitung seiner Entscheidungen Beiräte einsetzen, die jeweils von einem Kuratoriumsmitglied geleitet werden.

(2) Einem Beirat sollen nicht mehr als 5 Mitglieder angehören. Der Arbeitsauftrag eines Beirats ist bei seiner Einsetzung durch das Kuratorium festzulegen.

III. Verfahren und Verwaltung**§ 10***Verwaltung, Rechnungslegung, Rechnungsprüfung
und Entlastung*

(1) Für die Verwaltung und Rechnungsführung gelten die gesetzlichen Bestimmungen, insbesondere die Landeshaushaltsordnung für Baden-Württemberg (LHO) und die Verwaltungsvorschriften hierzu sowie das Stiftungsgesetz Baden-Württemberg in seiner jeweiligen Fassung. Geschäftsjahr ist das Haushaltsjahr des Landes Baden-Württemberg.

(2) Über die Einnahmen und Ausgaben sowie über das Vermögen der Stiftung ist nach Ablauf eines Geschäftsjahres durch den Vorstand Rechnung zu legen. Unbeschadet des gesetzlichen Prüfungsrechts des Rechnungshofs Baden-Württemberg ist die Jahresrechnung von einem Wirtschaftsprüfer oder einer sonstigen Prüfungseinrichtung zu prüfen, die vom Kuratorium bestimmt wird.

(3) Dem Kuratorium und der Stiftungsbehörde ist nach Ablauf eines Geschäftsjahres ein Geschäfts- und Rechenschaftsbericht vorzulegen. Die Entlastung erteilt das Kuratorium. Sie bedarf der Genehmigung der Stiftungsbehörde und des Finanzministeriums.

§ 11*Satzungsänderung, Aufhebung der Stiftung*

(1) Beschlüsse über Satzungsänderungen bedürfen einer Dreiviertelmehrheit der Mitglieder des Kuratoriums. Der Vorstand ist vorher zu hören. Die Beschlüsse werden erst mit Genehmigung der Stiftungsbehörde rechtswirksam.

(2) Der Beschluß über die Aufhebung der Stiftung sowie über eine Änderung des Stiftungszwecks bedarf der Mehrheit von drei Vierteln der Mitglieder des Kuratoriums sowie der Zustimmung des Vorstands. Absatz 1 Satz 3 gilt entsprechend.

(3) Bei Aufhebung der Stiftung fällt das Stiftungsvermögen an das Land Baden-Württemberg; es ist für gemeinnützige Zwecke, in erster Linie entsprechend dem Stiftungszweck zu verwenden.

§ 12*Inkrafttreten*

Diese Satzung tritt am Tage nach ihrer Verkündung im Gesetzblatt Baden-Württemberg in Kraft.

**Verordnung des Justizministeriums
über die Zuständigkeit für die Führung des
Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters**

Vom 20. September 1979

Auf Grund von § 1 Abs. 2 und § 65 Abs. 1 der Schiffsregisterordnung in der Fassung der Bekanntmachung vom

26. Mai 1951 (BGBl. I S. 359) in Verbindung mit § 1 des Gesetzes über Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 1. Juli 1960 (BGBl. I, S. 481) und § 1 Nr. 1 der Verordnung der Landesregierung über die Zuständigkeit zum Erlaß von Rechtsverordnungen im Bereich der Gerichtsbarkeit vom 19. Januar 1965 (GBl. S. 5) wird verordnet:

§ 1

(1) Zur Führung des Binnenschiffsregisters sind zuständig

1. das Amtsgericht Heilbronn

für Schiffe, die an dem zum Oberlandesgerichtsbezirk Stuttgart gehörenden Teil des Neckars beheimatet sind,

2. das Amtsgericht Konstanz

für Schiffe, die am baden-württembergischen Teil des Bodensees oder am baden-württembergischen Teil des Rheins vom Bodensee bis Basel beheimatet sind,

3. das Amtsgericht Mannheim

für die übrigen am baden-württembergischen Teil des Rheins oder des Neckars beheimateten Schiffe.

(2) Zur Führung des Seeschiffsregisters ist das Amtsgericht Mannheim zuständig.

§ 2

Für die Führung des Schiffsbauregisters gilt § 1 entsprechend.

§ 3

Unberührt bleiben

1. die Zuständigkeit des Amtsgerichts Mannheim

für Schiffe, die am hessischen Teil des Neckars beheimatet sind, und für Schiffsbauwerke, deren Bauort am hessischen Teil des Neckars liegt (Staatsvertrag zwischen den Ländern Baden-Württemberg und Hessen über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters vom 4. März 1953 – GBl. S. 24);

2. die Zuständigkeit des Amtsgerichts Würzburg

für Schiffe, die am baden-württembergischen Teil des Mains beheimatet sind, und für Schiffsbauwerke, deren Bauort am baden-württembergischen Teil des Mains liegt (Staatsvertrag zwischen dem Land Baden-Württemberg und dem Freistaat Bayern über die Führung des Schiffsregisters und des Schiffsbauregisters vom 28. November 1957 – GBl. 1958 S. 1, 2).

§ 4

(1) Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

(2) Zum gleichen Zeitpunkt treten außer Kraft

1. Abschnitt I Nr. 1 und 2 der AV des Reichsministers der Justiz vom 12. August 1939 (Deutsche Justiz S. 1361),

2. der Erlaß des württembergisch-badischen Justizministeriums vom 11. September 1946 (382 – 16/8) und
3. die Verordnung des Justizministeriums über die Führung des Seeschiffsregisters vom 31. August 1971 (GBl. S. 394).

STUTTGART, den 20. September 1979

DR. BYRICH

**Verordnung des Finanzministeriums über die
Verwaltung der Kirchensteuer der
Israelitischen Religionsgemeinschaft
Württembergs und die
Betriebsstättenbesteuerung nach dem
Kirchensteuergesetz**

Vom 11. Oktober 1979

Auf Grund von § 17 Abs. 1 Satz 1 und § 22 Abs. 1 Satz 1 des Gesetzes über die Erhebung von Steuern durch öffentlich-rechtliche Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg (Kirchensteuergesetz – KiStG) in der Fassung vom 15. Juni 1978 (GBl. S. 370) wird im Einvernehmen mit dem Ministerium für Kultus und Sport verordnet:

§ 1

Die Verwaltung der als Zuschlag zur Einkommensteuer erhobenen Kirchensteuer der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs wird auf die Landesfinanzbehörden übertragen.

§ 2

Kirchenlohnsteuer (§ 20 KiStG) behält der Arbeitgeber vom Arbeitslohn der Arbeitnehmer, die nach dem Eintrag auf der Lohnsteuerkarte der Israelitischen Religionsgemeinschaft Württembergs angehören und in deren Bereich einen Wohnsitz oder den gewöhnlichen Aufenthalt haben, auch dann ein, wenn sich die Betriebsstätte außerhalb des Bereichs der Religionsgemeinschaft befindet.

§ 3

Der Arbeitgeber führt die nach § 2 einbehaltene Kirchenlohnsteuer zusammen mit der sonst von ihm einbehaltenen Kirchenlohnsteuer an das für die Betriebsstätte zuständige Finanzamt ab.

§ 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Sie ist bei der Kircheneinkommensteuer erstmals für den Veranlagungszeitraum 1981, bei der Kirchenlohnsteuer erstmals bei der Besteuerung des Arbeitslohns, der nach den Bestimmungen des Einkommensteuergesetzes dem Kalenderjahr 1981 zugeordnet wird, anzuwenden.

STUTTGART, den 11. Oktober 1979

GLEICHAUF

**Verordnung des Ministeriums für
Wissenschaft und Kunst zur Änderung der
Verordnung über die Ableistung von
praktischen Tätigkeiten vor der
Aufnahme des Studiums**

Vom 5. November 1979

Auf Grund von § 85 Abs. 7 des Gesetzes über die Universitäten im Lande Baden-Württemberg (Universitätsgesetz – UG) vom 22. November 1977 (GBl. S. 473), geändert durch das Gesetz zur Anpassung von Gesetzen an die geänderten Geschäftsbereiche der Ministerien vom 30. Mai 1978 (GBl. S. 286) wird verordnet:

Artikel 1

Die Verordnung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst über die Ableistung von praktischen Tätigkeiten vor der Aufnahme des Studiums vom 6. Mai 1975 (GBl. S. 330), geändert durch die Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Ableistung von praktischen Tätigkeiten vor der Aufnahme des Studiums vom 26. April 1977 (GBl. S. 161), wird wie folgt geändert:

1. In § 1 wird Nummer 1 gestrichen.

Die bisherigen Nummern 2 und 3 werden Nummern 1 und 2.

2. In der Anlage zur Verordnung des Ministeriums für Wissenschaft und Kunst wird Abschnitt I gestrichen. Die bisherigen Abschnitte II, III und IV werden Abschnitte I, II und III.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt mit Wirkung vom 1. Oktober 1979 in Kraft.

STUTTGART, den 5. November 1979

DR. ENGLER

**Verordnung des Justizministeriums
über die Zuständigkeit der Präsidien der
Oberlandesgerichte nach § 140 a Abs. 3
Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes**

Vom 5. November 1979

Auf Grund von § 140 a Abs. 3 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes (GVG) in der Fassung vom 9. Mai 1975 (BGBl. I S. 1079) und von § 1 der Verordnung der Landesregierung zur Übertragung der Ermächtigung zum Erlaß von Rechtsverordnungen nach § 140 a Abs. 3 Satz 2 des Gerichtsverfassungsgesetzes auf das Justizministerium vom 18. September 1979 (GBl. S. 433) wird verordnet:

§ 1

Das örtlich zuständige Gericht in Wiederaufnahmeverfahren gegen Entscheidungen

1. der Staatsschutzkammern (§ 74a GVG) und
2. der Wirtschaftsstrafkammern bei Landgerichten, denen Wirtschaftsstrafsachen für die Bezirke mehrerer Landgerichte zugewiesen sind, (§ 74c GVG)

wird bestimmt von dem Präsidium des Oberlandesgerichts Karlsruhe, soweit das Gericht, gegen dessen Entscheidung sich der Antrag richtet, seinen Sitz im Bezirk des Oberlandesgerichts Stuttgart hat, und von dem Präsidium des Oberlandesgerichts Stuttgart, soweit das Gericht, gegen dessen Entscheidung sich der Antrag richtet, seinen Sitz im Bezirk des Oberlandesgerichts Karlsruhe hat.

§ 2

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

STUTTGART, den 5. November 1979

DR. EYRICH

Bekanntmachung einer Entscheidung des Verwaltungsgerichtshofs Baden - Württemberg

Vom 7. November 1979

Gemäß § 47 Abs. 6 Satz 2 der Verwaltungsgerichtsordnung wird aus dem Urteil des Verwaltungsgerichtshofs Baden-Württemberg vom 19. September 1979 Az. II 544 / 78 folgende Entscheidungsformel veröffentlicht:

»Die Verordnung des Innenministeriums Baden-Württemberg über die Verwendung des Tronc an den öffentlichen Spielbanken vom 25. Juli 1977 (GBl. S. 368) ist nichtig.«

STUTTGART, den 7. November 1979

*Innenministerium
Baden - Württemberg*

Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Naturschutzbehörde über das Landschaftsschutzgebiet »Mooswald «

Vom 27. September 1979

Auf Grund von § 22, § 58 Abs. 3 und 4, und § 63 Abs. 1 des Gesetzes zum Schutz der Natur, zur Pflege der Landschaft und über die Erholungsvorsorge in der freien Landschaft (Naturschutzgesetz - NatSchG) vom 21. Oktober 1975 (GBl. S. 654) wird verordnet:

§ 1

Erklärung zum Schutzgebiet

Die in § 2 näher bezeichneten Flächen auf den Gebieten der Stadt Freiburg i. Br. (Stadtkreis Freiburg), der Gemeinden Gottenheim, Umkirch, Schallstadt und March (Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald) sowie der Gemeinde Vörstetten (Landkreis Emmendingen) werden zum Landschaftsschutzgebiet erklärt. Das Landschaftsschutzgebiet führt die Bezeichnung »Mooswald «.

§ 2

Schutzgegenstand

(1) Das Landschaftsschutzgebiet hat eine Größe von rund 4400 ha.

(2) Das Schutzgebiet umfaßt hauptsächlich den nördlichen und den südlichen Mooswald nebst zugehörigen Freiflächen sowie den Nordhang des Schönbergs. Im wesentlichen wird es durch folgende Linien und Gebiete begrenzt:

Ab der Autobahnauffahrt Freiburg-Nord umschließt die Grenze die nördlich der Bundesstraße 294 gelegenen Wälder nebst Freiflächen auf Gemarkung Hochdorf sowie unter Ausschluß der bebauten Ortslagen der Gemeinde Vörstetten (Ortsteile Schupfholz und Vörstetten) und verläuft bis zur Gemarkungsgrenze Freiburg/Gundelfingen.

Im Osten folgt sie dieser Grenze, sodann der Mooswaldallee, verläuft ca. 70 m westlich der Hermann-Mitschstraße und unter Ausschluß der Flugschneise am Nordwestrand des Flugplatzes bis zur Bahnlinie Freiburg-Breisach. Zwischen Bahnlinie und Dreisam sind der »Weierwald«, der Stadtwald »Oberer Rot-Schachen«, das Waldgebiet im Stadtteil Landwasser und der Lehener Berg eingeschlossen. Ab der Dreisambrücke folgt die Grenze der Breisgauer Straße, bezieht das Gewann »Hardacker« und den Wald im Gewann »Fronholz« ein, verläuft dann entlang der Autobahn sowie am Waldrand südlich des Rieselfeldes und umfaßt dessen östlichen Zipfel nebst angrenzendem Wald bis zur Kreisstraße 9853. Ab der Straße weiter am Rand des südlichen Mooswaldes und sodann entlang von Feldwegen zwischen Waldrand sowie Landesstraße 118 und Bundesstraße 3 bis zu den Bahnstrecken südwestlich des Stadtteils Wendlingen.

Im Süden ist der Nordhang des Schönbergs zwischen der Bahnstrecke (jedoch ohne die bebauten Gebiete und das Gewann »Oberer Zwiegeracker«), sowie den Gemarkungsgrenzen Freiburg und Merzhausen/Ebringen/Schallstadt eingeschlossen. Entlang der Gemarkungsgrenze, der geplanten Umgehungsstraße St. Georgen und dem Altgraben sowie dem Mühle- und Holzbach einschließlich deren Südufer verlaufend umfaßt die Grenze sodann das Gewann »Im tiefen Ried« mit dem Gemeinde- und Privatwald sowie dem Friedhof auf Gemarkung Mengen und kreuzt die Autobahn nördlich der Raststätte.

Im Westen quert die Grenze den Hexenbach auf Gemarkung Tiengen und verläuft dann in nördlicher Richtung mit wechselndem Abstand zwischen Waldrand und Hexenbach/Neugraben/Krebsbach bis zum westlichen Waldrand an der Landesstraße 116a. Einen Teil des Gewannes »Moos« auf Gemarkung Waltershofen und die bebaute Ortslage der Gemeinde Gottenheim aussparend folgt sie den Landesstraßen 187 und 115 und schließt auf Gemarkung Umkirch den südlichen Teil des Rohrmattenwaldes sowie südlich der Ortschaft den Gemeinewald nebst Freifläche (ohne Teile

des Gewannes »Gehren«) und teilweise den Wald im Gewann »Fronholz« bis zum Autobahnkreuz Freiburg-Mitte ein. Dieses Kreuz ausnehmend verläuft sie entlang der Gemarkungsgrenze Freiburg/Umkirch bis zur Bahnlinie Freiburg-Gottenheim, dieser und sodann der Kreisstraße Richtung Hochdorf folgend, auf Gemarkung Hochdorf Teile des Markwaldes umfassend entlang dessen nördlicher Grenze und schließlich weiter an der Autobahn beim Ausgangspunkt endend.

Die städtische Abfalldeponie im Gewann »Eichelbuck«, die Industriezone Hochdorf und das Gelände des künftigen Thermalbades in ihrem derzeit genehmigten Umfang sind nicht Bestandteile des Schutzgebietes. Ebensowenig sind die Grenze bildende Straßen, Wege und Bahnlinien Bestandteile des Schutzgebiets; die Grenze bildende Gewässer gehören aber mit beiden Ufern zum Schutzgebiet.

(3) Die Grenzen des Landschaftsschutzgebietes sind in 2 Karten im Maßstab 1:25 000 und in 2 Karten im Maßstab 1:5 000 grün eingetragen. Die Verordnung mit Karten wird bei der Stadt Freiburg – untere Naturschutzbehörde – in Freiburg, Fehrenbachallee 12, sowie bei den Landratsämtern – untere Naturschutzbehörden – Breisgau-Hochschwarzwald in Freiburg, Stadtstraße 2, und Emmendingen, Bahnhofstraße 4, verwahrt. Sie können dort während der üblichen Sprechzeiten eingesehen werden.

§ 3

Schutzzweck

Wesentliche Schutzzwecke sind

1. die Erhaltung und Sicherung eines leistungsfähigen Naturhaushalts im Mooswald und seinen angrenzenden Freiflächen als zusammenhängender einheitlicher ökologischer Ausgleichsraum für den Verdichtungsraum der Stadt Freiburg mit seinen vielfältigen, insbesondere klimatischen Wirkungen,
2. die Erhaltung von Vielfalt und Schönheit der Natur und Landschaft in diesem Raum mit seinen charakteristischen pflanzlichen und tierischen Lebensgemeinschaften,
3. die Sicherung und Entwicklung des Gebiets als attraktiver naturnaher Erholungsraum für die Stadt Freiburg und die angrenzenden Gemeinden.

§ 4

Verbote

In dem Landschaftsschutzgebiet sind alle Handlungen verboten, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen, insbesondere, wenn dadurch:

1. der Naturhaushalt geschädigt,
2. die Nutzungsfähigkeit der Naturgüter nachhaltig gestört,
3. eine geschützte Flächennutzung auf Dauer geändert,

4. das Landschaftsbild nachteilig geändert oder die natürliche Eigenart der Landschaft auf andere Weise beeinträchtigt oder
5. der Naturgenuß oder der besondere Erholungswert der Landschaft beeinträchtigt wird.

§ 5

Erlaubnisvorbehalt

(1) Handlungen, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können, bedürfen der schriftlichen Erlaubnis der jeweils örtlich zuständigen unteren Naturschutzbehörde.

(2) Der Erlaubnis bedürfen insbesondere folgende Handlungen:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellter Maßnahmen;
2. Errichtung von Einfriedigungen;
3. Verlegen oder Ändern von ober- oder unterirdischen Leitungen aller Art;
4. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
5. Lagern von Gegenständen, soweit sie nicht zur zulässigen Nutzung des Grundstücks erforderlich sind;
6. Anlage oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrsanlagen;
7. Anlage oder Veränderung von Stätten für Sport und Spiel einschließlich Motorsportanlagen;
8. Anlage oder Veränderung von Flugplätzen;
9. Betrieb von Motorsport sowie von motorgetriebenen Schlitten;
10. Aufstellung von Wohnwagen oder Verkaufsständen außerhalb der zugelassenen Plätze oder das Zelten oder Abstellen von Kraftfahrzeugen;
11. Verankern von Wohnbooten, Bojen oder anderen schwimmenden Anlagen und die Errichtung von Stegen;
12. Anlage, Beseitigung oder Veränderung von fließenden oder stehenden Gewässern;
13. Aufstellung oder Anbringen von Plakaten, Bild- oder Schrifttafeln;
14. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 2 ha;
15. Neuaufforstungen, Umwandlungen von Wald, Anlage von Kleingärten oder die wesentliche Änderung der Bodennutzung auf andere Weise;
16. Beseitigung oder Veränderung wesentlicher Landschaftsbestandteile wie Bäume, Hecken, Gebüsch oder der Ufervegetation von Bächen oder Gräben.

(3) Die Erlaubnis ist zu erteilen, wenn die Handlung Wirkungen der in § 4 genannten Art nicht zur Folge hat oder

solche Wirkungen durch Auflagen oder Bedingungen abgewendet werden können.

(4) Die Erlaubnis wird durch eine nach anderen Vorschriften notwendige Gestattung ersetzt, wenn diese mit Zustimmung der Naturschutzbehörde ergangen ist.

(5) Bei Handlungen des Bundes und des Landes, die nach anderen Vorschriften keiner Gestattung bedürfen, wird die Erlaubnis durch das Einvernehmen mit der Naturschutzbehörde ersetzt. Das gleiche gilt für Handlungen, die unter Leitung oder Betreuung staatlicher Behörden durchgeführt werden.

§ 6

Zulässige Handlungen

Die §§ 4 und 5 gelten nicht:

1. für die Nutzung im Rahmen einer ordnungsmäßigen Bewirtschaftung land- oder forstwirtschaftlicher Grundstücke;
2. für die ordnungsmäßige Ausübung der Jagd und Fischerei;
3. für die ordnungsmäßige Unterhaltung der Straßen, Wege, Plätze, Bahnanlagen und Gewässer;
4. für Schutzzäune an Verkehrswegen;
5. für behördlich angeordnete oder zugelassene Beschilderungen.

§ 7

Befreiungen

(1) Von den Vorschriften dieser Verordnung kann nach § 63 NatSchG die jeweils örtlich zuständige untere Naturschutzbehörde Befreiung erteilen.

(2) Die Befreiung bedarf bei folgenden Handlungen der Zustimmung der höheren Naturschutzbehörde:

1. Errichtung von baulichen Anlagen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung oder der Errichtung gleichgestellter Maßnahmen;
2. Verlegen oder Ändern von oberirdischen Leitungen aller Art;
3. Abbau, Entnahme oder Einbringen von Steinen, Kies, Sand, Lehm oder anderen Bodenbestandteilen oder die Veränderung der Bodengestalt auf andere Weise;
4. Anlage oder Veränderung von Straßen, Wegen, Plätzen oder anderen Verkehrswegen;
5. Kahlschlag von Wald auf einer Fläche von mehr als 4 ha.

§ 8

Ordnungswidrigkeiten

Ordnungswidrig im Sinne des § 64 Abs. 1 Nr. 2 des Naturschutzgesetzes handelt, wer in dem Landschaftsschutzgebiet vorsätzlich oder fahrlässig:

1. entgegen § 22 Abs. 3 des Naturschutzgesetzes i. V. mit § 4 dieser Verordnung Handlungen vornimmt, die den Cha-

rakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen;

2. entgegen § 5 dieser Verordnung ohne vorherige schriftliche Erlaubnis Handlungen vornimmt, die den Charakter des Gebietes verändern oder dem Schutzzweck zuwiderlaufen können.

§ 9

Inkrafttreten

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

FREIBURG I. BR., den 27. September 1979

DR. PERSON

Verordnung des Regierungspräsidiums Freiburg als höhere Denkmalschutzbehörde über die Gesamtanlage der Stadt Aach, Kreis Konstanz

Vom 10. Oktober 1979

Auf Grund von § 19 des Denkmalschutzgesetzes vom 25. Mai 1971 (GBl. S. 209) wird im Einvernehmen mit der Stadt Aach, Kreis Konstanz, verordnet:

§ 1

Das in § 3 beschriebene Gebiet der Stadt Aach, Kreis Konstanz, wird als Gesamtanlage »Stadt Aach« dem Schutz des Denkmalschutzgesetzes unterstellt.

§ 2

(1) Die Rechtsverordnung dient der Erhaltung des Erscheinungsbildes der auf der Bergkuppe gelegenen »Stadt Aach«. Das Erscheinungsbild ist bestimmt durch Teile der Stadtmauer, Torturm, an die Stadtmauer angelehnte Wohn- und Ökonomiegebäude und die Kirche mit quadratischem Turm und vierseitigem Staffelgiebel. Die Bebauung ist gekennzeichnet durch steile Satteldächer mit 45 bis 55° Dachneigung, durch den hohen Staffelgiebel des Schul- und Rathauses und durch die zahlreichen Fachwerk- und Bruchsteinbauten aus der Zeit des 16. Jahrhunderts. Der ursprüngliche ringförmige Straßenverlauf ist mit seiner Südwest-Nordostachse heute noch ablesbar.

§ 3

(1) Der räumliche Bereich der geschützten Gesamtanlage wird durch folgende Linie (Beschreibung im Uhrzeigersinn) begrenzt:

Im *Westen*: von den Westgrenzen der Flurstücke 82, 80, 497 und 515.

Im *Norden*: von der Nordwestgrenze des Flurstückes 515 bis zu dessen Ostecke. Von hier in direkter Flucht bis zur Ostecke von Flurstück 521.

Im *Osten*: entlang der Nordostgrenze von Flurstück 114, 109 und 115.

Herausgegeben vom Staatsministerium. Fortlaufender Bezug nur durch den Verlag, halbjährlich 15,- DM. Einzelnummern werden durch die Versandstelle des Gesetzblatts 7 Stuttgart 1, Augustenstraße 13 - Tel. 6676 App. 2727 - gegen Voreinsendung des Preises auf das Konto Nr. 603 30-709 beim Postscheckamt Stuttgart abgegeben. Preis dieser Nummer bei freier Lieferung 4,50 DM. Im Bezugspreis ist keine Mehrwertsteuer enthalten.
Gedruckt in der Offizin Chr. Scheufele in Stuttgart.

Postvertriebsstück
GESETZBLATT FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG
Postfach 85, 7000 Stuttgart 1

Gebühr bezahlt
E 3235 AX

Im Süden entlang der Straße Flurstück 117, den Marktplatz querend bis zur Südecke von Flurstück 82.

(2) Die Grenzen der Gesamtanlage sind in einer Karte im Maßstab 1 : 2500 rot eingetragen. Die Verordnung mit Karte wird beim Regierungspräsidium Freiburg als höhere Denkmalschutzbehörde in Freiburg verwahrt; eine Ausfertigung befindet sich beim Landratsamt Konstanz - Untere Denkmalschutzbehörde - in 7750 Konstanz, beim Landesdenkmalamt - Außenstelle Freiburg - Colombistraße 4, 7800 Freiburg i. Br., und beim Bürgermeisteramt der Stadt Aach. Sie kann während der Sprechzeiten eingesehen werden.

§ 4

(1) Veränderungen an dem geschützten Erscheinungsbild der Gesamtanlage bedürfen der Genehmigung der unteren Denkmalschutzbehörde. Das gleiche gilt für die Errichtung baulicher Anlagen in der Umgebung der Gesamtanlage, wenn das Vorhaben das Erscheinungsbild der Gesamtanlage erheblich und nicht nur vorübergehend beeinträchtigen würde. Die untere Denkmalschutzbehörde entscheidet im Einvernehmen mit dem Landesdenkmalamt.

(2) Der Genehmigung bedürfen insbesondere:

1. Die Errichtung, Veränderung oder Beseitigung baulicher Anlagen, anderer Anlagen oder Einrichtungen im Sinne der Landesbauordnung in der jeweils geltenden Fassung; das gleiche gilt für die der Errichtung und dem Abbruch gleichgestellten Maßnahmen;

2. das Anbringen von Markisen und Werbeanlagen.

(3) Die Genehmigung ist zu erteilen, wenn die Veränderung das Bild der Gesamtanlage nur unerheblich oder nur vorübergehend beeinträchtigen würde oder wenn überwiegende Gründe des Gemeinwohls unausweichlich Berücksichtigung verlangen.

(4) Die Denkmalschutzbehörde hat vor ihrer Entscheidung die Stadt Aach zu hören.

(5) Genehmigungs-, Erlaubnis- und Anzeigepflichten nach anderen Rechtsvorschriften bleiben unberührt.

§ 5

Wer vorsätzlich oder fahrlässig ohne Genehmigung der Denkmalschutzbehörde die in § 4 Abs. 1 und 2 bezeichneten Handlungen vornimmt oder den in der Genehmigung enthaltenen Auflagen oder Bedingungen zuwiderhandelt, handelt ordnungswidrig im Sinne von § 33 Abs. 1a des Denkmalschutzgesetzes und kann mit einer Geldbuße bis zu 20000 DM belegt werden.

§ 6

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft.

FREIBURG I. BR., den 10. Oktober 1979 DR. NOTHELPER

Verkündung im Staatsanzeiger

Gemäß § 2 des Gesetzes über die Verkündung von Rechtsverordnungen vom 1. März 1954 (GBl. S. 27) in der Fassung vom 18. November 1957 (GBl. S. 139) wird auf die folgende im Staatsanzeiger für Baden-Württemberg verkündete Rechtsverordnung hingewiesen:

Bezeichnung der Verordnung	Verkündet im Staatsanzeiger vom	Tag des Inkrafttretens
Rechtsverordnung des Regierungspräsidiums Stuttgart für das Wasserschutzgebiet zum Schutz der Wassergewinnungsanlage »Mahdentalquelle« der Stadt Leonberg. Vom 25. September 1979	79 3.10.1979	4.10.1979